

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und
Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1839.

Berechnet werden
Zusätze die dreispaltige Reizzeile oder
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schern, Nürnberg, Saitpolsstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Saitpolsstraße 9.

Inhalt: Der Anteil der Arbeiter an der Prosperität und an der Krise. — Die Unfallursachen und die Arbeiter. — Aus der christlichen Arbeiterbewegung. — Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg zc. pro erstes Halbjahr 1901. — Bezirkskonferenz der Metallarbeiter Sachsens und Thüringens. — Konferenz des 6. Agitationsbezirks des D. M. V. — Unser Unterstützungswesen. — D. M. V.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — Rundschau. — Aus anderen Berufen. — Technisches. — Bitteraristisches.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Wandagisten nach **Berlin** (Henna Müller, Neue Königsstraße);
 - von Aluminiumschlägern nach **Schwabach** (Müller);
 - von Feilenhauern nach **Breslau** (Karl Klose);
 - von Feingoldschlägern nach **Dresden, Leipzig, Nürnberg** (besonders von den Werkstätten von Chr. Schmidt, obere Mentergasse 12, Friedr. Reimann, Tafelfeldstraße 24, Jean Schmitzbaum, Kühnertstraße) u. und **Schwabach** (besonders von den Werkstätten W. Böttner, Hunger, Schlipfinger und Jgl);
 - von Formern nach **Ashersleben** (Maschinenbau-V.-G.), nach **Törrach-Steppen** (Ernst Wähler); nach **Worms** (Hörn);
 - von Selbstgebern und Gärtnern nach **Breslau** (Albert Knauth);
 - von Klempnern nach **Düsseldorf** (Wag Werner und Springorum);
 - von Kupfer Schmieden nach **Düsseldorf**;
 - von Metallrüdern nach **Düsseldorf**;
 - von Schleifern nach **Lüdenscheid** (Wasser & Fischer) und **Helbert** (vorm. Gedr. Judia);
 - von Schlossbauern nach **Helbert** (Karl Kremer) u.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; R.: Wohnbewegung; U.: Umspernung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Wt.: Mißstände; H.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Der Anteil der Arbeiter an der Prosperität und an der Krise.

Die Erkenntnis ist zu einem Gemeingut der organisierten, aufgeklärten und klassenbewußten Arbeitererschaft geworden. Daß die Unternehmervelt einzig und allein ihre eigenen Kapitalinteressen kennt und bei all ihrem Thun und Lassen à la Capri von der Erwägung sich leiten läßt: Wie wirkt es auf unjer Kapitalinteresse?

Diesen Standpunkt nimmt der Kapitalist immer ein. Herrsche nun Prosperität oder bestehe Krise. In der Prosperitätsperiode erblickt er in jeder Arbeiterforderung eine Schmälerung seines Profits, da er gerade während dieser Zeit das energichste Bestreben hat, so viel als nur möglich Reichthümer zu sammeln. Diesem Bestreben entspringt auch so oft während der besten Zeit der Versuch, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verschlechtern, was nicht selten ganz unorganisierten oder ungenügend organisierten Arbeitern gegenüber auch thatächlich erreicht wird. Auf den geweckten, unerfättlichen Goldhunger ist der zähe Widerstand zurückzuführen, der oft wegen geringfügiger Lohnforderung von wenigen Pfenningen zu wochen- oder gar monatelangen schweren Kämpfen führt. Nur ganz günstige geschäftliche Umstände sichern einer guten Organisation im Kampfe mit dem Kapital Erfolge, namentlich wenn die Situation derart gestaltet ist, daß der Unternehmer sich sagen muß, daß für ihn das Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern das kleinere Uebel ist.

Für den überwiegend größten Theil der Arbeiter besteht der Anteil an der Prosperität nur in der Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und der dadurch uegebenen leichten Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu

verkaufen; in der reichlichen Beschäftigung an der Arbeitsstelle und in der damit verbundenen Erhöhung des täglichen oder wöchentlichen Gesamtverdienstes bei gleichbleibenden Lohnsätzen. So führen denn auch fast alle Fabrikinspektoren die Erhöhung des Verdienstes während der guten Zeit auf die vielen Ueberstunden zurück und umgekehrt den Ver- rüchgang während der Krise auf den Wegfall dieser Ueberstunden. Die Verdienststeigerung der Arbeiter in Folge reichlicher Beschäftigung kostet selbstverständlich den Unternehmer nichts, denn er hat dafür entsprechend mehr Produkte und an diesen wiederum entsprechenden Mehrgewinn. Dafür ein Beispiel. Eine Lokomotivfabrik fabrizirt während der schlechten Zeit und bei ungenügender Beschäftigung von 600 Arbeitern im Jahre 50 Lokomotiven. Die gesammte Lohnsumme beträgt 600,000 Mk., der gesammte Produktionswerth 3 Millionen Mark. Der Geschäftsgewinn 600,000 Mark. Es kommt die Hochkonjunktur und dieselbe Fabrik erzeugt mit derselben Arbeiterzahl 70 Lokomotiven. Bei gleichbleibendem Verkaufspreis erzielt sie dafür 4,200,000 Mk., die Arbeiter erhalten bei gleichbleibenden Lohnsätzen 750,000 Mark und der Profit der Fabrik steigt auf 840,000 Mk. Die Arbeiter haben also in Folge reichlicher Beschäftigung 150,000 Mk., oder 5 Mk. pro Woche mehr verdient, aber der Gewinn des Fabrikanten ist gleichzeitig um 240,000 Mk. gestiegen.

In Wirklichkeit bleiben aber während der Prosperitätsperiode die Verkaufspreise nicht unverändert dieselben, sie werden erhöht und gerade während der letzten Blütheperiode von 1895 bis 1900 waren Hunderte von Syndikaten, Kartellen, Ringen, Konventionen zc. unablässig an der Arbeit, die Preise in die Höhe zu treiben, wodurch Alles vertheuert und auch das Wischen Mehrverdienst des Arbeiters abjorbirt (aufgesogen) wurde. Nur eine kleine Anzahl der tüchtigsten Berufsarbeiter, welche auch diejenigen sind, die zuerst in die Organisation eintreten, dürfte, vornehmlich auch in Folge thatächlicher Lohn-erhöhung und entsprechender Verdienststeigerung, über die Vertheuerung des Lebensunterhaltes hinaus noch einen kleinen Ueberschuß gehabt haben, mit dem sie allenfalls ihre soziale Lage etwas verbessern konnten.

Unders aber bei den Unternehmern. Sie verstehen es, durch Anwendung aller möglichen Mittel, auch der Spekulation, ihre Geschäftsgewinne enorm zu steigern, wie die Abschlüsse der Aktiengesellschaften während der fünf Prosperitätsjahre bewiesen, woraus auch auf die Gewinne der Einzelunternehmer geschlossen werden kann und wodurch sie ihre Vermögen rzejig vermehrten.

Zieht man also die Bilanz der Prosperitätsperiode, so sind die Ergebnisse für das Kapital, d. h. für die Unternehmervelt und was drum und dran hängt, glänzend, für die Arbeiter aber gleich Null, d. h. sie stehen am Ende des industriellen Aufschwungs wieder da, wo sie an dessen Beginn standen, sind die gleichen Proletarier geblieben, die von der Hand in den Mund leben.

Und da nahmen sich nun bei der eingetretenen Wendung des Wirtschaftens von der Prosperität zur Krise die Unkenrufe der kapitalistischen Preßhandlanger nach Herabsetzung der Arbeitslöhne, welche Unkenrufe heute noch immer von denselben wiederholt werden, wirklich sehr seltsam aus. Umso seltsamer, als dieselben Preßhandlanger während der fünfjährigen Aufschwungsperiode jedes, auch das bescheidenste Verlangen der Arbeiter nach Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse bekämpften, jede brutale Maßregel der Unternehmer gegen die Arbeiter mit Jubel begrüßten und als „Nothwehr“ gegen die „Anmaßung und Ueberbrlichkeit der Arbeiter“ vertheidigten, ferner nicht

müde wurden, den Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu führen und so lange nach dessen Aufhebung zu schreien, bis endlich der perfide Wechselbalg der Zuchthausvorlage auf der Wildfläche erschien, der dann nach harten Kämpfen allerdings das verdiente unrühmliche Ende fand.

Das infame Geschrei der Scharfmacher nach Lohnreduktionen und anderen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse fiel auf guten Boden, um so mehr, als es mit den schon gefaßten gleichen Absichten der Unternehmer zusammentraf. Mit assenartiger Geschwindigkeit führten zahlreiche Unternehmer das unsinnige, vergiftende Rezept des ehemaligen preußischen Finanzministers und Kapitalanwaltes v. Camphausen aus, daß das beste Heilmittel gegen die Krise die allgemeine Herabsetzung der Arbeitslöhne sei, und heute noch immer wird mit den Lohnreduktionen fortgefahren. Die Maßregel wird unter Anderem auch damit begründet, daß der Arbeiter, der seinen „großen Anteil an der Prosperität“ hatte, nun auch „seinen Anteil an der Krise haben soll“. Wie es sich mit dem Anteil der Arbeiter an der Prosperität verhielt, haben wir gezeigt. Es ist diesbezüglich besonders festzuhalten, daß dieser Anteil weniger in thatächlichen Lohnserhöhungen, als vielmehr in der reichlichen Arbeitsgelegenheit und der reichlichen Beschäftigung und daraus entspringendem Mehrverdienst bestand, dem ein bedeutend höherer Mehrgewinn der Unternehmer entsprach; und ferner ist festzuhalten, daß jener Mehrverdienst der Arbeiter durch die von den Unternehmern syndikaten usw. praktizierten Preisstrebereien und Vertheuerung aller Bedarfsartikel fast völlig wieder aufgenogen wurde.

Rechtferigt es nun dieser, nur durch Ueberanstrengung und vermehrte Plage erzielte Mehrverdienst der Prosperitätsperiode, daß die Krise sofort mit Lohnreduktionen eingeleitet wird? Gewiß nicht. Diese Lohnreduktionen erscheinen in Anbetracht aller Umstände nicht als ein „vernünftiger Anteil der Arbeiter an der Krise“, sondern als Maßregeln, die Kosten der Krise überhaupt auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Sind doch in dieser Krise schon Lohnreduktionen in empfindlichem Maße vorgenommen worden, ohne daß die Verkaufspreise der Produkte auch nur die geringste Herabsetzung erfahren hätten. Zum Beweise hierfür sei nur an alle jene zahlreichen Unternehmungen erinnert, welche den Kohleisen-, Kohlen- und Stahlsyndikaten angehören, die heute noch, wie vor anderthalb Jahren, die gewinnreichsten Hochkonjunkturpreise haben. Und bei zahlreichen anderen Unternehmungen, deren Verhältnisse die Oeffentlichkeit nicht kontrolliren kann, wird es ebenso sein.

Aber auch in jenen Fällen, in denen wirkliche Preisreduktionen erfolgten, wird nicht immer der Unternehmerngewinn berührt worden sein, indem jene erfolgten auf Kosten der Arbeiter, denen in entsprechendem Maße die Löhne reduziert wurden; ja vielleicht noch mehr reduziert wurden, als die Preise, so daß dabei die Unternehmer trotz der Krise einen Extraprofit herauszuschlagen verstehen. Diesen Fall hat bereits Karl Marx in seinem 1867 veröffentlichten Bande des „Kapitals“ an der Hand eines praktischen Beispiels besprochen. Er schreibt nämlich: „Selbst ungünstige Perioden der Industrie werden von den Fabrikanten benutzt, um durch übertriebene Lohnherabsetzung, d. h. direkten Diebstahl an den nothwendigen Lebensmitteln des Arbeiters, außerordentliche Profite zu machen. Ein Beispiel. Es handelt sich um die Krise in der Seidenweberei zu Coventry: „Aus Nachweisen, die ich sowohl von Fabrikanten als Arbeitern erhielt, folgt zweifelsohne, daß die Löhne in einem größeren Umfange verfürzt wurden, als die

Konkurrenz ausländischer Produzenten oder anderer Umstände ernötigten. Die Majorität der Weber arbeitet zu einer Lohnherabsetzung von 30 bis 40 Prozent. Ein Stück Band, wofür der Weber 5 Jahre früher 6 oder 7 Sh. (= 6 oder 7 Mk.) erhielt, bringt ihm jetzt nur 4 Sh. 3 D. (4.24 Mk.), oder 3 Sh. 6 D. (3.48 Mk.) ein; andere Arbeit, früher zu 4 Sh. und 3 Sh. 3 D. bezahlt, erhält jetzt nur 2 Sh. oder 2 Sh. 3 D. Die Lohnherabsetzung ist größer als zum Gegenstand der Nachfrage erheischt ist. In der That, bei vielen Arten von Band war die Lohnherabsetzung nicht einmal begleitet von irgend einer Herabsetzung im Preise des Artikels. (1. Band des „Kapital“, Seite 418, Randbemerkung.) Und so wie es damals, vor 35 Jahren war, ist es auch heute noch.

Die Unternehmer und ihre Handlanger ignorieren aber in geradezu schamloser Weise die andern Formen, in denen den Arbeitern ein sehr empfindlicher Antheil an der Krise zugemessen wird. Diese Formen sind: ungenügende Beschäftigung bei unveränderter Arbeitszeit, Arbeitszeitreduktion auf 8 und 7 Stunden, Einlegung von Feiertagen in Gestalt der Reduktion der Werktage von 6 auf 5 oder 4 pro Woche, oder bei ununterbrochenem Betrieb Reduktion der Schichten (Tag- oder Nachtschichten) um 2, 3, 4 und noch mehr, endlich gänzliche Arbeitslosigkeit. Abgesehen von der letzten Form des Krisenanteils der Arbeiter bedeuten alle andern Formen bei gleichbleibenden Lohnsätzen eine starke Verminderung des Gesamtverdienstes der Arbeiter, so daß er nirgends lang und sie sich in jeder Beziehung aufs Heftigste einschränken, ihre bisherige Lebenshaltung bedeutend herabsetzen und verschlechtern müssen. Ist das, ihr kapitalistischen Scharfmacher und Brunnengräber, kein Antheil der Arbeiter an der Krise? Ist es notwendig, daß da erst auch noch die Lohnsätze selbst reduziert werden?

Wenn nun aber gar völlige Arbeitslosigkeit eintritt, wie das gegenwärtig bei Tausenden unserer Kollegen und bei Zehntausenden anderer Arbeiter der Fall ist, so verwandelt sich der Antheil der Arbeiter an der Krise in vollständige Existenz- und Verdienstlosigkeit, in Noth und Elend, Armut und Verderben, Hunger und Tod und da hat noch immer die abgebrühte Scharfmacherbande die freche Stirne, nach Lohnreduktionen zu schreien, „um den Arbeitern ihren gerechten Antheil an der Krise zuzumessen!“

Wie aufreizend, aber auch wie aufklärend ist doch dieses Treiben in der gegenwärtigen Zeit für die Arbeiter. Es ist für sie ein langer Kurs in praktischer Nationalökonomie und Sozialwissenschaft; ein Kurs, zu dem der vor Hunger knurrende Magen die Afforde — wir hätten fast gesagt die revolutionären Afforde — schlägt; ein Kurs, der die Arbeiter in eindringlicher und überzeugender Art lehrt, wie faul und unhaltbar die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung ist und wie daher das gesamte Volk der Arbeit zusammenstehen muß, um aus diesem Zustande des Elends und der Verzweiflung herauszukommen zu einer höheren Ordnung der Dinge, in der jedem arbeitenden und nützlichen Menschen seine auskömmliche Existenz garantiert ist.

In einem österreichischen Arbeiterliede heißt es: Was wir begehren von der Zukunft Fernen? Daß Brot und Arbeit uns gerühret weh'n; Daß unsere Kinder in der Schule lernen Und unsere Greise nicht mehr betteln geh'n!

Die Unfallursachen und die Arbeiter. (Schluß.)

Sehr wichtig ist bei der Unfallhäufigkeit auch die Zusammenhänge der Arbeiterklasse aus den verschiedenen Altersklassen. So wird in dieser Hinsicht im Arnberger Berichte ausgeführt, daß bei der Prüfung der Verteilung der Unfälle bezüglich des Alters der Betroffenen überall die Erscheinung hervortritt, daß die jüngeren Arbeiter verhältnismäßig häufig von Unfällen betroffen werden. Der Gewerbeinspektor in Jierlohn hat hierüber eine recht lehrreiche Zusammenstellung gemacht. In seinem Bezirk mit 2839 unter 16 und 31,101 über 16 Jahre alten Arbeitern, kam von den an Maschinen und Getrieben vorgekommenen Unfällen:

Table with 3 columns: Unfallart, 1900, 1899. Rows include: Ein leichter Unfall auf Jugendliche Erwachsene, Ein schwerer Unfall auf Jugendliche Erwachsene, Ein Unfall überhaupt auf Jugendliche Erwachsene.

Darnach war im Jahre 1900 die Unfallhäufigkeit fast durchwegs für alle Kategorien eine kleinere als 1899 und in beiden Jahren eine durchwegs größere für die jugendlichen als für die erwachsenen Arbeiter. Daraus sich ergibt, daß mit dem Steigen der Zahl der jugendlichen Arbeiter auch die Zahl der Unfälle steigt. Dazu leistet auch der Bochumer Gewerbeinspektor einen schätzenswerthen Beitrag. Er berichtet nämlich, daß in seinem Bezirk eine größere Anzahl von zum Theil schweren Unfällen wiederum durch Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern an gefährlichen Arbeitsmaschinen, wie Abriechhobelmaschinen, Metallschere, oder durch mangelnde Anweisung der jungen Leute veranlaßt worden sei. Bemerkenswerth sei in dieser Beziehung der Vorfall, daß ein Schlosserlehrling bereits eine Stunde nach seiner Einstellung an einer Handbohrmaschine einen Mittelfinger verlor! — Wir laden die Eisen-Ztg. und ihre Preßkompanie ein, ihre ganze Entrüstung, deren sie fähig, an diesen Fall zu verwenden, der eine verbrecherische Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit eines brutalen Ausbeuters zeigt.

Und der Solinger Gewerbeinspektor berichtet ebenfalls: „In Metallwaarenfabriken wurde beanstandet, daß jugendliche Arbeiter an Pressen ohne Anleitung, noch dazu im Afford, beschäftigt wurden; häufige Unfälle waren die Folgen. Auch sonst ist auf Grund von Unfalluntersuchungen manchmal festgestellt worden, daß bei der Zuthaltung der Arbeiter der jugendlichen Unerfahrenheit nicht Rechnung getragen wird. Die Unternehmer wurden jedes Mal verwahrt und auf die ihnen nach § 120e der Gewerbeordnung obliegenden Pflichten sowie auf die strafrechtliche Verantwortung hingewiesen.“ In demselben Aufsichtsbezirk gab die Vermüglückung minderjähriger Arbeiter bei ungesetzlicher und ungeeigneter Beschäftigung Veranlassung, die Bestrafung der Unternehmer zu beantragen.

Es ist die alte Geschichte vom Splinter im Auge des Kästgen und vom Balken im eigenen Auge, wenn die Eisen-Ztg. der Sozialdemokratie den Vorwurf macht, daß sie die Arbeiter über ihre Pflichten nicht aufklärt, während sie selbst den Unternehmern gegenüber nie ein Wort des Tadels oder der Mahnung zur Pflichterfüllung hat. Wie sehr notwendig diese Mahnung aber wäre, zeigt die weitere Thatsache, daß im Inspektionsbezirk Anna bei den Revisionen in 529 Fällen an Dampfesseln, Dampfleitungen, Kraft- und Arbeitsmaschinen, Transmissionen, Sebezügen u. dergl. Schutzvorrichtungen angeordnet werden mußten! Im Inspektionsbezirk Dortmund geschah solches in 373 Fällen, im Inspektionsbezirk Jierlohn in mehr als 2000 Fällen. Mit welcher verbrecherischer Gewissenlosigkeit die Unternehmer handeln, zeigt die Mittheilung im Arnberger Berichte, daß in einer alten Sandfabrik mit Antrieb durch Benzimotor dieser im Kuhlall (!!) vorgefunden wurde, wiewohl er bereits Jahre lang in einem Bretterverschlag neben Heu und Stroh gearbeitet hatte. (!!)

Der Arnberger Regierungs- und Gewerbe-Rath Oppermann in Arnberg schließt den Unfall-Abchnitt mit den Objektivität im Urtheil befundenden Sätzen: „Ueber das Verhalten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber den Bestrebungen, Unfälle zu verhüten und Unfallgefahren zu beseitigen, läßt sich in großen Grenzen nicht viel Kühnliches sagen. Viele Unfälle hätten sich vermeiden lassen, wenn die Arbeiter die ihnen zur Verfügung gestellten Schutzvorrichtungen benutzt oder sie nicht beseitigt hätten, oder wenn in anderen Fällen die Arbeitgeber der Instandhaltung oder der Verbesserung der Schutzvorrichtungen das nöthige Interesse zugewendet hätten. Das bessere Verständnis und die Einsicht in die Zweckmäßigkeit und die Nothwendigkeit jener Maßregeln muß in den beteiligten Kreisen durch die Macht der Thatfachen und durch ständige Belehrung erst genügend gefördert werden, ehe sich überall erfreuliche Zustände herausbilden. Diese Arbeit kann nicht in Jahren, sie kann erst in Jahrzehnten geleistet werden.“

Im Kölner Regierungsbezirk wurden außer den mündlich erteilten Rathschlägen noch 1206 Anordnungen getroffen, welche betrafen: Dampfessel, Dampfleitungen, Dampfboiler (138), Motoren aller Art (87), Transmissionen (166), elektrische Leitungen (3), Hebemaschinen (65), Arbeitsmaschinen (417), Schutz gegen Splinter, Spähne u. bei Arbeit von Hand (8), Sprengstoffe (59), feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe u. (52), Schutz gegen Feuergefahr (21), Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen und Umfallen von Gegenständen (76), Leitern, Treppen, Lufen, Vertiefungen (105), Fahrzeuge, Transport von Lasten u. (9). Auf die Metallindustrie ent-

fallen von der Gesamtzahl der Anordnungen 79, auf die Metallindustrie 145, zusammen 224. Dazu wird bemerkt: „Die Industriezweige weisen eine verhältnismäßig hohe Unfallziffer auf (auf 1000 Arbeiter 33 bezw. 100 Unfälle), die zwar zu einem erheblichen Theil auf unvermeidliche Betriebsgefahren zurückzuführen ist, im Uebrigen aber zu einer umfangreicheren Verwendung der bekannten Schutzmittel nöthigt. In zwei kleineren Selbstgiebereien war die Anlage der Schmelzöfen insofern unzuverlässig und für die bedienenden Arbeiter gefährlich, als die Tiegel mit dem geschmolzenen Metall ziemlich hoch gehoben werden mußten, wodurch bei etwaigen Herausgleiten des Tiegels aus der Zange schwere Verbrennungen durch umherspritzendes Metall zu befürchten waren. In beiden Fällen wurde ein entsprechender Umbau (Tieferlegung des Feuerungs- und des Schmelzofens) angeordnet.“ Wegen Heben von Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter gegen Unfälle sind in Köln 119 Bestrafungen erfolgt.

Im Regierungsbezirk Trier kam ein schweres Unglück in einer großen Stahlgießerei vor. Eine gefüllte Wackelpfanne kippte während des Anhebens durch den Laufkran plötzlich nach dem Martinofen um. Der verspritzende flüssige Stahl verbrannte 19 Arbeiter, von denen 7 ihren Verletzungen erlagen. Es hat durch die Untersuchung nicht festgestellt werden können, welcher Art die eigentliche Ursache war.

Im Rachen Regierungsbezirk mußten in mehr als 500 Anlagen Anordnungen getroffen werden. Sehr nachahmenswerth ist die Gepflogenheit des Rachen Hütten-Arbeitervereins zu Nothe Erde, bei Bestellung von Maschinen ausnahmslos kontraktlich zu fordern, daß alle von der Berufsgenossenschaft geleisteten Schutzvorrichtungen mitzuliefern sind.

Wir erwähnten, daß im Düsseldorf Bezirke ein Kesselwärter wegen Ueberlastung des Ventils bestraft wurde. Zur Naturgeschichte dieser Praxis und Arbeiter-Vergehen im Sinne der Eisen-Ztg. leistet der Magdeburger Bericht einen schätzenswerthen Beitrag. Darnach nahm ein Kesselbesitzer den Heizer vor den Vorwürfen des Gewerbeinspektors in Schutz, weil er doch nur im Interesse des Betriebes den Dampf möglichst hoch halten wollte“ — d. h. der „gewissenhafte“ Fabrikant hatte den Heizer dazu vorher den Auftrag gegeben, ein Verfahren das offenbar nicht selten geübt wird.

Im Erfurter Bezirke mußten in 340 Betrieben Schutzvorrichtungen angeordnet werden. Bemerkenswerth ist, daß aus der städtischen Torpedowerkstatt zu Friedrichsort mit 739 Arbeitern kein Unfall gemeldet wurde, so daß in derselben jedenfalls die Schutzvorrichtungen in gutem Zustande sind; dagegen kamen aus den übrigen Reichsbetrieben im Bezirke Schleswig 3572 Unfälle zur Anzeige. Auf je 100 Arbeiter entfielen 55,8 Unfallmeldungen gegen 47 im Vorjahre. Als Grund für die Zunahme der Unfälle werden angeführt die im Berichtsjahre erfolgte erhebliche Vergrößerung der gefährlichen Betriebe, z. B. Schiffswerken, sowie der Ersatz der Handarbeit durch Maschinenarbeit, der allgemein weitere Fortschritte gemacht hat. Dementsprechend sind auch die gemeldeten Maschinenunfälle auf 9,8 per 1000 Arbeiter gegen 8,8 im Vorjahre gestiegen. Auf je 1000 Arbeiter ereigneten sich bei den Haldenwerken 154 (im Vorjahre 167), bei der Schiff- und Maschinenbauactiengesellschaft Germania 203 (im Vorjahre 285), während die Hensburger Schiffbau-Gesellschaft mit 34 Unfällen auf je 1000 Arbeiter noch unter dem Durchschnitt blieb. Da die Zahl der schweren Unfälle auf letzterer Werft (6 Todesfälle) größer ist als auf den beiden andern (je 1 Todesfall), so muß der Unterschied in der Zahl der Unfallanzeigen auffallen. Eine genügende Erklärung hat sich bisher nicht finden lassen.

Im Hannoverischen Bezirke wird konstatiert, daß bei der den Unfalluntersuchungen zugewandten besonderen Sorgfalt in sehr vielen Fällen auf Anbringung oder Vervollkommnung von Schutzvorrichtungen gedrungen werden mußte. „Ueberhaupt boten die Fabrikrevisionen immer noch reichliche Gelegenheit zur Anordnung besonderer Sicherheitsmaßnahmen; namentlich wurde auch in mehreren Betrieben die Anbringung von Nothtreppen angeordnet.“ Im Koblenzer Bezirke wurden 6 Unternehmer bezw. ihre Vertreter wegen Anberachtlaffung der beim Betriebe nöthigen Vorsicht bestraft.

Die Berichte enthalten noch eine reiche Fülle von Material zur Beleuchtung der Unfallursachen, aber auch der Böswilligkeit, mit der das abgebrühte Geldjagdorgan, die Eisen-Ztg., die in diese amtlichen Berichte ihre Nase überhaupt nicht steckt, sondern in dieser Beziehung von der „Mitarbeit“ anderer Zeit-

ungen lebt, die Seite gegen die Arbeiterchaft und gegen die Sozialdemokratie betreibt. Erwähnt sei aber schließlich doch noch die Bemühung, mit der der Merseburger Gewerbeinspektor berichtet, daß in mehreren Fällen die Arbeiter selbst auf das Fehlen von Schutzvorrichtungen hingewiesen und gehandelt haben, solche vorzuschreiben, was auch geschehen sei. Die Unternehmer ihrerseits hätten die Anordnungen der Beamten bereitwilligst befolgt.

Zweckmäßig wäre es, wenn im Laufe des Winterhalbjahres unsere Kollegen in ihren Versammlungen sich auch mit der Unfallverhütung, mit den zweckmäßigsten Schutzvorrichtungen beschäftigen und die Gewerbeinspektoren zu Vorträgen darüber einladen würden.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Aus der Spaltung der evangelischen Arbeitervereine in Rheinland-Westfalen erhoffen die christlichen Gewerkschaftsführer eine erhebliche Stärkung der christlichen, oder eigentlich richtiger katholischen Gewerkschaften. Sie betrachten die evangelischen Arbeitervereine gewissermaßen als ihre sichere Weite, die ihnen Niemand streitig machen darf. In italienischen Artikeln gab sich die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ unendliche Mühe nachzuweisen, daß der Platz der evangelischen Arbeitervereine, die gespalten, wie sie seien, doch keinerlei Bedeutung mehr zu erlangen vermöchten, nur in der christlichen Gewerkschaft sei und sein könne; und als Gue in einem im Korrespondenzblatt erschienenen Artikel den Vorschlag machte, man solle versuchen, die evangelischen Arbeitervereine für die freien Gewerkschaften zu gewinnen, schrieb die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ des Herrn Wisberts, wütend, „Herr Gue der Schlaue, der Neutralitätsmann aus Daktill, spekuliert gar nicht übel. Uebrigens wir den evangelischen Arbeitern den Ueberritt zu unsern Gewerkschaften durch Fernhaltung alles dessen, was ihre religiöse Anschauung verletzen könnte. Sind sie einmal in den Gewerkschaften, dann werden sie immer weniger sich fürchten vor den „sozialdemokratischen Zerlehnern“ und dann führt ihr Weg „zu uns, den Klassen- und Lebensgenossen“ — das ist zur Sozialdemokratie. Herr Gue wird sich wohl nicht allzu sehr grämen, wenn die christlichen Gewerkschaften auch ihrerseits eine Hoffnung haben und nicht ermüden werden, ihre evangelischen Kollegen für sich zu gewinnen.“

Der vorläufige Ausschuss der unter der Leitung des nationalliberalen Abgeordneten Frankens stehenden sogenannten Bochumer Richtung der evangelischen Arbeitervereine hat am 14. Oktober zu Bochum getagt. Herr Franken, der den Vorsitz führte, bezeichnete die durch die Presse gegangene Notiz, der Ausschuss des alten Verbandes habe Mittel und Wege gefunden, nicht nur Mannans Einfluß auf das ihm gebührende Maß zurückzuführen, sondern auch seine Wiederwahl in den Verbandsausschuss zu verhindern, als unrichtig nur auf Durchführung berechnet. Viele Vereine, die sonst ausgeschieden sein würden, seien infolge dieser Notiz einmündig noch beim alten Verbandsgeblieben. Pastor Lic. Weber, M.-Gladbach, habe auch dem Minister des Innern eine Darstellung über die Meinungsverschiedenheiten gegeben, die ganz gewiß nicht als einwandfrei angesehen werden könne. Die Vertreter der Bochumer Richtung hätten bisher aus Achtung vor dem geistlichen Gewande gewisser Herren zu Manchem was gesehen sei, nicht in dieser Weise Stellung genommen, wie es eigentlich nothwendig gewesen wäre. Das müsse jetzt anders werden.

Das Minis ja recht wiederprechend! Beschlossen wurde, daß für den neuen Verband, der den Namen „Evangelischer Arbeiterbund“ erhält, ein eigenes Organ geschaffen werden soll, um allen falschen Darstellungen wirksam entgegenzutreten zu können. Das Blatt, das den Titel „Der Evangelische Arbeiterbund“ erhält, soll vom 1. Dezember d. J. ab erscheinen. Das neue Blatt soll vorläufig wöchentlich einmal erscheinen. In den Minister des Innern soll eine Gegeneingabe ausgerichtet werden.

Eine internationale Konferenz christlicher Textilarbeiter fand im vorigen Monat in Düsseldorf statt. An derselben nahmen neben Vertretern der deutschen christlichen Textilarbeiterorganisationen theil die Föderation der christlichen Textilarbeiter Belgiens und der Niederländische christliche Textilarbeiterverband Unios. Beschlossen wurde ein internationaler Kartellvertrag auf folgender Grundlage:

- 1) Die Mitglieder vorgenannter Organisationen werden gegenseitig ohne Eintrittsgeld aufgenommen, wenn sie in dem Verband, dem sie zuletzt angehörten, ihre Pflichten erfüllt und sich vorjährigsmäßig abgemeldet haben.
- 2) Die so übergetretenen Mitglieder erwerben ohne weiteres die gleichen Rechte, wie die anderen Mitglieder desselben Verbandes, sofern der Ueberritt in den ersten vier Wochen ihres Aufenthaltes im Lande erfolgt.
- 3) Die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder richtet sich nach den Statuten aller drei Verbände. Als Grundlage gilt jedoch, daß der zu Unterstützende bei Streit mindestens 6 Monate, bei anderen Unterstützungen mindestens ein Jahr ununterbrochen in einer christlichen Gewerkschaft organisiert gewesen sein muß.
- 4) Bei Ausständen und Ausperrungen tritt dann eine gegenseitige Unterstützung der Verbände ein, wenn die Situation derart schwierig ist, daß die betreffende Organisation den Kampf nicht allein durchzuführen vermag.
- 5) Bei Anknüpfung solcher Unterstützungen durch andere Organisationen ist die darum nachsuchende gehalten, den erstere möglichst vier Wochen vorher über Ursachen und

Ausdehnung des Ausstands Bericht zu erstatten. Bei plötzlichen Streiks und bei Ausperrungen ist nachzuweisen, daß der vorzeitige Ausbruch nicht durch Außerachtlassung grundsätzlicher oder faktischer Rücksichten verschuldet ist. Eine internationale Kommission aus zwei Deutschen, einem Belgier und einem Holländer hat bei Anträgen auf gegenseitige Unterstützung die Sachlage zu prüfen und über die Unterstützungsfrage zu entscheiden. 7) Es wird ein internationales Sekretariat mit dem Sitz in Enschede errichtet. Die Kosten trägt zur Hälfte der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands und je zu 1/4 die holländischen und belgischen Verbände.

In Preussisch-Lothringen wurde den Bergarbeitern bei Strafe sofortiger Entlassung im Weigerungsfalle der Austritt aus dem Gewerbeverein christlicher Bergleute aufgegeben. Brust gibt im „Bergknappen“ den Leuten nun folgenden Rath: Sie sollten geheime Mitglieder des Gewerbevereins werden bis der Tag komme, an dem sie sich einmüthig erheben könnten, um das Tyrannensoch abzuschütteln. Der Vertrauensmann habe Auftrag, sämtliche Mitglieder des Gewerbevereins bei der Behörde abzumelden. Dahingegen, so heißt es dann weiter, sollen sie unsere geheimen Abonnenten sein, mit gleichen Rechten wie unsere Mitglieder. Sie bilden so gewissermaßen einen Geheimbund, der sich rüftet, um mit dem Tyrannensoch gelegentlich aufzutreten. Diese Kameraden erhalten geheim in den „Bergknappen“, zahlen dafür 10 Pfg. als Abonnementsgebühr und erhalten dafür geheim eine Leittungsmarke, die sie aufbewahren. Sie bewahren sich so die gleichen Rechte wie die Mitglieder.

Eine Geheimorganisation schaffen und sie in ihrer ganzen Grundlage in vollster Offenheit in der Zeitung bekannt geben, das ist eine Leistung, wie sie nur der christliche „Gewerkschaftsführer“ Brust zu vollbringen vermag.

Aus Regensburg wird uns geschrieben: Neulich wurde uns die Ehre zu Theil, einer allgemeinen Versammlung des christlichen „Arbeiterklub“ in Regensburg beizuwohnen zu können. Referent war Herr Weber aus Duisburg, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Anwesend waren circa 60 Personen aus allen Berufen, darunter 24 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Herr Weber sprach über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Nothwendigkeit der christlichen Organisation. Die gegenwärtige Krisis nicht durch Uebersproduktion und Inflation, auch weniger durch die politischen Wirren verursacht sei, sondern durch die gefährlichen Vorjensekulationen und Gründungen. Dem müsse durch die Organisationsarbeit entgegengetreten werden. Aber Vorschlüsse nach oben, sagte Redner, wollen wir nicht machen, im Gegensatz zu einer „gewissen Seite“, die die heutige Gesellschaftsform ganz beiseite zu werfen und durch eine bessere den Arbeitern helfen wolle. Herr Weber gestellte zwar scharf den Individualismus und die Vereinnahmung; er machte aber auch sehr scharfe Vorwürfe. Als Redner nämlich zu begründen suchte, warum die christlichen Organisationen gegründet wurden, sagte er förmlich: Man kann nicht alle Tage Lohnforderungen stellen, auch nicht alle Tage die Arbeitszeit verkürzen, deshalb sind die christlichen Organisationen nöthig, um in der Zwischenzeit die christliche Schulung und Bildung zu versorgen usw. — Wir sind der Meinung, daß letzteres Ende der Geislichkeit ist, und Herr Weber hätte gar keine Veranlassung, denselben in das Handwerg zu rücken, inwiefern nach seiner eigenen Aussage die Arbeiter sehr häufig gar keine Ahnung von den für sie geschaffenen Sozialgesetzen haben; daher wäre es doch Pflicht des Herrn Weber, auf diesem Gebiete Aufklärung unter den Arbeitern zu verbreiten und die christliche Bildung ihnen zu überlassen, deren Geschäft es ist. Da Kollege Günther aus Nürnberg anwesend war, nahm derselbe das Wort und trat vorerwähnten Ausführungen des Referenten entgegen. Lautlos folgte die Versammlung den Entgegnungen des Kollegen Günther, als er jedoch den Zuhörern Anlegte, daß die eigentlichen Gründer der christlichen Gewerkschaften die Geislichkeit sei, daß diese beitrete sei, die Mitglieder dieser Organisation zu gegebener Zeit als Sühnwisch zu benutzen, da zunächst die Herren am Bureaucratie wie von einer Rippe geschossen empor und schrien aus Leibeshäften: „Oho!“ Das war das Signal für diese christlichen Arbeiter, um uns mit Hinanstreben zu bedecken; Trühe wurden emporgehoben, jedenfalls um den Kampfescharakter dieser christlichen Organisation zu zeigen. Günther, dem das Wort entzogen wurde, forderte den Leiter der Versammlung, den Korrektor Nidel, auf, die anwesenden Gegner zum Verlassen des Lokales aufzufordern, um weiteren „Christlichkeit“ aus dem Wege gehen zu können. Als die letzten unserer Kollegen das Lokal verließen, wurde noch mit einem Stoß zur Thüre herausgeschrien und von den Gemüthern sprachen dann diese „Auchorganisten“ auf uns herunter. Gestrichelt! In aller nächster Zeit findet dortselbst eine allgemeine Arbeiterversammlung statt. Tagesordnung: „Die modernen und die christlichen Gewerkschaften“. Wir werden den Helden zeigen, daß man mit solchen Mitteln den Gegner nur zur schärfsten Kampfweise herausfordert. Also, auf Wiedersehen zu trüch-fröhlichem Kampfe in Regensburg!

Thätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg, Pommern und Mecklenburg für das erste Halbjahr 1901.

Den Mitgliederstatistiken lege ich für diesmal, sowie für die Folge der Beitragleistung zu Grunde, derart, daß für 20 in einem Halbjahr verzeichnete Beitragsmarken ein Mitglied gezählt wird. Diese Art der Berechnung zeigt die wirkliche Zu- und Abnahme besser, als die Durchzählung

der im Sammelbuch der einzelnen Ortsverwaltungen geführten Mitglieder. Daneben wird natürlich, (durch die Fragebogen, welche die Ortsverwaltungen halbjährlich ausfüllen) auf eine Controlle über die Führung der Verwaltungsverhältnisse nach wie vor geachtet. Nach obiger Berechnung hatten Mitglieder:

Die Verwaltungsstellen	am Schlusse des 4. Quart. 1900	am Schlusse des 2. Quart. 1901
Brandenburg	1041	1127
Cottbus	63	79
Eberswalde	88	45
Finstertal	114	121
Forst	62	53
Frankfurt	61	96
Fürstentum	113	86
Gassen	35	36
Guben	18	17
Güstrow	27	36
Greifswald	10	8
Heegermühle	14	9
Köslin	69	79
Köpenick	55	80
Kolberg	11	9
Landsberg	49	52
Lübz	15	18
Ludowig	138	156
Muskau	40	36
Neu-Stuppin	29	21
Neustadt	30	23
Nowotzes	106	151
Potsdam	63	48
Prenzlau	29	18
Rathenow	430	441
Rostock	277	300
Reppen	—	23
Schwiebus	37	47
Schwerin	38	38
Sorau	24	31
Steglich	225	279
Stettin	610	569
Stralsund	22	36
Torgelow	34	30
Wetzshau	91	86
Wismar	104	133
Wriezen	10	12
	4182	4429

Es bestanden in Brandenburg und Pommern im:

Quartal	Jahr	in Orten	Verwaltungen	mit Mitgliedern
2.	1895	22	27	1798
1.	1897	27	32	2958
3.	1897	34	38	3426
1.	1898	33	37	4246
4.	1898	35	35	4221
2.	1899	34	34	4135

in Brandenburg, Pommern und Mecklenburg im:

Quartal	Jahr	in Orten	Verwaltungen	mit Mitgliedern
4.	1899	39	39	3603
2.	1900	37	37	3910
4.	1900	36	36	4138
2.	1901	37	37	4429

Die Zahlen für den Mitgliederbestand sind in der vorstehenden Tabelle bis zum 4. Quartal 1900 nach Angabe der Ortsverwaltung, von da ab nach der Beitragsleistung aufgeführt.

Die Zu- resp. Abnahme der Mitgliederzahl vom 4. Quartal 1900 bis zum 2. Quartal 1901 betrug:

Zunahme:	Abnahme:		
1. Brandenburg	86	1. Eberswalde	43
2. Cottbus	16	2. Forst	9
3. Finstertal	7	3. Fürstentum	27
4. Frankfurt	35	4. Guben	1
5. Gassen	1	5. Greifswald	2
6. Güstrow	9	6. Heegermühle	5
7. Köslin	10	7. Kolberg	2
8. Köpenick	25	8. Muskau	4
9. Landsberg	3	9. Neu-Stuppin	8
10. Lübz	3	10. Neustadt	7
11. Ludowig	18	11. Potsdam	15
12. Nowotzes	45	12. Prenzlau	11
13. Rathenow	11	13. Stettin	41
14. Rostock	23	14. Torgelow	4
15. Reppen	23	15. Wetzshau	6
16. Schwiebus	10		
17. Sorau	7		
18. Steglich	54		
19. Stralsund	14		
20. Wismar	29		
21. Wriezen	2		

Zunahme 431 | Abnahme 184
 Zunahme in 21 Verwaltungen . 431 Mitgl.
 Abnahme in 15 " . 184 "
 bleibt eine Zunahme von 247 Mitgl.

Einzelmitglieder sind in folgenden Orten vorhanden: Stargardt i. Pom., Stolp, Waren, Friedland, Belgard, Teterow, Werder a. S., Körlin, Eßterwerda, Kirchhain, Barth i. Pom., Rauchhammer, Senftenberg, Wolgast, Anklam, Fürstentum, Vieh, Schwedt a. O. Neu gegründet ist die Verwaltungsstelle Reppen. Die weiteren in Aussicht genommenen Neugründungen von Verwaltungsstellen sind im ersten Halbjahr noch unterlassen worden, weil die inzwischen eingetretene Krisis das Bestehen der Verwaltungen zweifelhaft erscheinen ließ.

Fortgesetzt sind die Zusammenstellungen über die Zahl der Neuaufnahmen, Zu- und Abreise u. s. w.

Es ergibt sich folgendes Bild:

Zahl der	Erstes	Zweit.	Erstes
	Halb- jahr 1900	Halb- jahr 1900	Halb- jahr 1901
Neuaufnahmen	1502	1369	1235
zugereisten (organisierten) Mitglieder	305	327	405
abgereisten " " "	705	798	829
Wegen restirender Beiträge gestrichen	494	520	615

Es bestätigt sich die alte Erfahrung, daß mehr als noch mal so viel Kollegen aus der Provinz abreisen, als der Zuzug in die Provinz ausmacht. — Die hohe Zahl der Streichungen wegen restirender Beiträge ist darauf zurückzuführen, daß ich überall darauf dringe, die Sammelbücher von dem Ballast zählender (und nicht zählender) Mitglieder zu reinigen. Das ist wegen der jetzigen starken Zuzugnahme der Unterstüßungsrichtungen unerläßliche Nothwendigkeit geworden.

Im Allgemeinen kann man jetzt mit der Erledigung der Verwaltungsgeschäfte zufrieden sein. Weniger als 20 Beiträge pro Halbjahr und Mitglied laut Sammelbuch sind gezahlt worden in: Eberswalde (16), Guben (13), Güstrow (19), Köpenick (16), Kolberg (17), Muskau (16), Neu-Ruppin (18), Sorau (19), Steglitz (18), Stettin (13). Guben, Kolberg, Neu-Ruppin und Sorau sind kleine Verwaltungen, bei denen Zuzug und Abreise die Sache genügend erklärt. In Güstrow und Köpenick sind gerade in letzter Zeit viel Neuaufnahmen gemacht. Eberswalde hat durch die Differenzen mit den Unternehmern stark gelitten, worauf ich noch zu sprechen komme. Muskau hat auch mehr Abreisende als sonst. Bedenklich ist die geringe Beitragsleistung eigentlich nur in Stettin. Im Bericht vom 2. Halbjahr 1900 habe ich angeführt, daß für Stettin ein neuer Organisationsplan ausgearbeitet ist, von dem ich selbst und auch die Stettiner Verwaltung sich den besten Erfolg versprach. Leider ist dieser Erfolg nicht eingetreten. Das ist jedoch einzig und allein dem Umstand zuzuschreiben, daß der Plan auf dem Papier eben nichts nützt, er muß durchgeführt werden, und das ist nicht geschehen. Was noch nachzuholen ist, soll und wird selbstredend gethan werden.

In Bezug auf die Ursachen der Abnahme der Mitgliederzahl sei folgendes bemerkt. In Eberswalde waren Differenzen ausgebrochen, welche in ihrer Endwirkung Maßregelungen zur Folge hatten und eine ganze Anzahl Kollegen veranlaßten, aus Furcht, ebenfalls gemäßigelt zu werden, dem Verband den Rücken zu kehren.

In Forst hält der schlechte Geschäftsgang an, von dem bereits das letzte Mal berichtet wurde. Fürstene-walde, Potsdam und Prenzlau leiden ebenso unter der Krise. In Stettin trägt nach meiner Auf-fassung die mangelhafte Verwaltungsarbeit die Hauptschuld, obwohl auch hier der Krisis eine Einwirkung nicht ganz abzuspüren ist.

Die übrigen Abnahmen sind unbedeutend. Besonders erfreulich ist es, daß die Verwaltung Westphalen sich trotz des verlorenen Streiks gehalten hat. Nachwehen werden freilich für das zweite Halbjahr nicht ausbleiben. Erfreulichen Auf-schwung zeigen die Verwaltungen Brandenburg, Frank-furt an der Oder, Kottbus, Rostock, Steglitz und Wismar.

Auch heute wieder muß ich darauf hinweisen, daß der Personalwechsel in den Ortsverwaltungen einen sehr großen Einfluß auf den Bestand und die Fortentwicklung der Ver-waltungsstellen hat, und daß namentlich solche Kollegen, die sich einmal eingearbeitet haben, nach Möglichkeit auf ihren Posten bleiben müßen. Der Rücktritt sollte mindestens erst dann erfolgen, wenn eine neue Kraft gewonnen und für ihr Amt genügend vorbereitet ist.

Bezirkskonferenz der Metallarbeiter Sachsens und Thüringens.

Dieselbe fand Sonntag, den 13. Oktober, in Leipzig im Coburger Hof statt und beschäftigte sich mit der An-stellung eines Bezirksleiters für den 4. Bezirk. Aus Sach-sen waren 46 Delegirte, die 34 Verwaltungsstellen ver-traten und aus Thüringen 50 Delegirte, die 37 Verwalt-ungen vertraten, erschienen.

Ins Bureau werden Bohme-Leipzig, Krause-Chem-nitz als 1. Vorsitzende, Hoffmann-Dresden und Leber-Zena zu Schriftführern gewählt. Der Hauptvorstand war vertreten durch Kollegen Werner.

Holl-Ga-a-Dresden als Referent führte aus: Die Generalversammlung in Nürnberg sagte den Beschlüß, zehn Agitationsbezirke zu errichten. Daß die Generalversamm-lung diesen Beschlüß sagte, und die Anstellung besoldeter Bezirksleiter empfahl, hat seine Ursache darin, daß die Agitation mehr gefördert und das Verwaltungsweien in kleinen Orten besser geregelt werden möchte. Die Ein-richtungen, welche wir heute haben, genügen nicht mehr. Die Agitationskomitees sind Referentenvertreterstellen. Die Großstädte brauchen größtentheils ihre Leiter selbst und die kleineren Orte haben Niemanden, der ihnen bei Differenzen behilflich ist. Ein besoldeter Bezirksleiter wird ein Stütz sein für kleine Verwaltungen und dem Verband großen Nutzen bringen. Die Gegner der Anstellung jähren die schlechte Konjunktur vor. Aber gerade diese Zeit ist dazu angehan; wenn die gute Konjunktur kommt, da muß der Bezirksleiter eingearbeitet sein. Der Verband hat die Mittel dazu. Wir haben früher die gute Kon-junktur nicht ausnützen können, weil wir uns erst zartere Organisation anschauen mußten. Wir wollen aus der Be-wegung lernen, deshalb müssen wir uns heute schon rüsten, um in der guten Zeit loszulegen zu können. Die Ag-itationskomitees von Sachsen und der Veritans-mann von Thüringen stellen deshalb den Antrag: Für den 4. Bezirk einen besoldeten Bezirksleiter anzustellen.

Leber-Zena stimmt ganz zu, nur ist er der An-sicht, daß ein Mann das nicht machen kann. Es muß eine

Teilung stattfinden. Sachsen allein und Thüringen allein. Das können wir heute nicht und deshalb bin ich dagegen. Kühn-Döbeln will, daß Jemand angestellt wird. Die Theilung kann später geschehen.

Leber-Zena sagt, daß wir in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges keinen Beamten anstellen sollen. Die 2c-Unterstützungen werden so schon geschmälert. Es könnten uns, wenn wir einen Be-zirksleiter anstellen, Mitglieder verloren gehen.

Härter-Mühlhausen ist der Bezirk zu groß. Die Kosten werden auch auf eine andere Art dem Verband zu gute kommen. Wenn der Bezirk nicht getheilt werden kann, so sollen alle dagegen stimmen. Sein Länderstrich ist so industriereich, wie der 4. Bezirk.

Es geht ein Antrag ein, für Sachsen und Thüringen je einen Bezirksleiter anzustellen.

Ostheimer-Weimar runderd sich, daß die Gene-ralversammlung die Bezirksentheilung beschlossen hat. Man sollte lieber Flugblätter in die äußersten Winkel tragen und nicht durch angestellte Beamte agitieren lassen. Decker-Crimmitschau ist für Theilung des vierten Bezirks.

Werner-Stuttgart stellt fest, daß die Generalver-sammlung in Nürnberg vorläufig 10 Bezirke beschlossen hat. Es kann erst die nächste Generalversammlung meh-r Bezirke beschließen. Eine Verfeinerung so, daß einem anderen Bezirke etwas zugegeben wird, ist nicht gut mög-lich. In 8-10 Stunden kann man von Leipzig ins äußerste Ende des Bezirks fahren. Man soll vorichtig sein bei den schlechten Zeiten und später eine Theilung vor-nehmen. Der Vorstand habe noch nie Unterstüßungsge-fürde nach 2c abgelehnt, wenn sie begründet waren.

März-Plauen will, daß der Bezirk jetzt so bleiben soll.

Dietze-Leipzig: Die Meinungen in Leipzig seien verschieden. Man müsse vorsichtig sein mit der Anstellung, da ein finanzieller Vortheil der Mitgliedern nicht gezeigt werden kann, wie bei der Arbeitslosenunterstützung.

Krause-Chemnitz ist unbedingt für eine Theilung, da in dem Bezirk zweierlei Vereinsgesetze beständen. Man kann die Anstellung zurückstellen bis nach der nächsten Generalversammlung und dann gleich zwei Beamte stellen. Der Vorstand klammert sich jetzt zu sehr an das Statut bei der 2c-Unterstützung und geht sehr sparsam um.

Zimmermann-Göhrz glaubt, daß die kleineren Verwaltungsstellen nicht schuld sind, daß die Gauein-theilung mit besoldeten Beamten auf der Generalver-sammlung beschlossen wurde.

Seidel-Cöthen ist für Anstellung eines Gau-leiters. Es müsse Jemand angestellt werden, da sehr oft die Bevollmächtigten gemäßigelt würden.

Weber-Chemnitz: Es ist nicht möglich, daß in Thüringen ein Vertrauensmann von einem Ort zum an-deren reisen kann, ohne sichere Errienz zu haben. Man solle doch nicht sagen, daß wenn Jemand angestellt würde, derselbe nicht mehr mit den Arbeitern fühle.

Erler-Mühlhausen erjudet die Anwesenden, sich doch nicht immer um die Sache herumzudrücken. Sie wollen zwei Bezirksleiter haben. Wenn das nicht geht, so darf doch nicht Alles abgelehnt werden. Der besoldete Ver-trauensmann wird denn auch nicht Alles allein machen können.

Wagshal-Exfurt stellt fest, daß die Thüringer Metallarbeiter schon lange einen besoldeten Vertrauens-mann haben wollen und ist mit einem für den 4. Bezirk zufrieden.

Baum-Niederriedel hält es für einen Widerspruch, wenn man zwei Gauleiter haben will und einen vorläufig nicht annimmt.

Niemann-Chemnitz: Die Anstellung ist nicht so ungünstig, wie wir können noch zwei Jahre warten. Er ver-wahrt sich ganz entschieden dagegen, daß angestellte Beamte nicht mehr mit den Berufscollegen fühlen.

Leber-Zena hält den § 16 des Statuts für so ge-faßt, daß die Bezirkskonferenz den vierten Bezirk theilen kann.

Hanger-Reichenheim will von der Anstellung nichts wissen.

Ga-a zeigt im Schlusßwort, daß es ein Fehler wäre, wenn wir nun einen Gauleiter nicht annehmen würden, da wir zwei nicht erhalten können. Wir haben gar keine Begründung für die nächste Generalversammlung, wenn wir von derselben verlangen wollen, daß sie der Theilung des 4. Bezirks zustimmt. Wir müssen es doch mit einem proviren. Es gibt wohl Verwaltungen, die über die Ge-schäftsführung der Anstellung bedürfen. Wenn Sie für den ganzen Bezirk keinen angestellten Beamten haben wollen, so stellen Sie ein an, der vorläufig Thüringen bearbeitet. Sachsen würde sich dann wie bisher weiter behelfen.

Der Antrag auf Anstellung eines Bezirksleiters für den 4. Bezirk wird mit 59 gegen 36 Stimmen in nament-licher Abstimmung abgelehnt.

Es wird ein Antrag eingebracht: das Geld, was zur Anstellung eines Beamten gebraucht würde, den Agitations-komitees zur Verfügung zu stellen. Werner erklärt, daß jenes jabel Geld zur Verfügung gestellt worden sei, wie die Agitationskomitees gebrauchten, deshalb sei der Antrag überflüssig. Nachdem noch mehrere Redner dafür und da-gegen gesprochen hatten, wird der Antrag abgelehnt.

Ein Antrag, für Sachsen einen Bezirksleiter anzu-stellen, wird abgelehnt. Hoffmann-Dresden beantragt: für den 4. Bezirk eine Generalstelle mit dem Sitz Leipzig zu schaffen. Anstatt des besoldeten Gauleiters wird eine Kommission von 5 Mann gewählt, welche bei Wahlen zum Gewerkschafts-Kongreß, Einberufung von Bezirkskonfe-renzen usw. das Nöthige auszuführen hat.

Hoffmann-Dresden begründet den Antrag. Nach-dem die Bezirkskonferenz die Anstellung eines Beamten abgelehnt hat, muß etwas geschaffen werden. Wir müssen den Beschlüß der Generalversammlung respektieren. Es muß eine Komitee geschaffen werden, die die nöthigen Ar-beiten zu Gewerkschaftskongreß-Delegationswahlen und die spätere Einberufung der Bezirkskonferenzen besorgt. Die eigentliche Agitation muß namentlich wie bisher von den Ag-itationskomitees besorgt werden. Auch Thüringen wird gut thun, wenn sie es so machen wie wir in Sachsen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen. Der Vorsitzende erjudet darauf alle Delegirten, vor wie nach ihre Schuldigkeit zu thun. Wir müssen jetzt alle unsere Kräfte zusammennehmen, um den Unternehmern zu zeigen, daß wir eine Macht sind. Damit war die Bezirkskonferenz geschlossen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen. Der Vorsitzende erjudet darauf alle Delegirten, vor wie nach ihre Schuldigkeit zu thun. Wir müssen jetzt alle unsere Kräfte zusammennehmen, um den Unternehmern zu zeigen, daß wir eine Macht sind. Damit war die Bezirkskonferenz geschlossen.

Konferenz des sechsten Agitations-Bezirks des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Am 6. Oktober tagte in Hamburg in der Leising-halle die erste Konferenz des 6. Agitationsbezirkses. Kol-lege Hele eröffnete dieselbe Vormittags 11¼ Uhr mit einer Begrüßung der erschienenen Delegirten, und schloß mit dem Wunsch, daß auch diese Konferenz einen Fortschritt in unserer Bewegung verzeichne.

Auf Antrag wurden als Vorsitzende Hele-Hannover und Schulz-Hamburg, als Rednerkollektions-führer Kug-Hannover und als Schriftführer Marx-Hamburg und Großmann-Altona gewählt. In die Mandatsprüfungskommission wurden die Kollegen Junge, Schneider, Behrens und Saß ge-wählt. Als Geschäftsordnung wird die der Generalver-sammlung mit einigen Abänderungen akzeptirt. Die Tagesordnung lautet: 1) Bericht der Agitationskommis-sionen. 2) Beschlüßfassung über die Anstellung eines Be-zirksleiters. 3) Eventuelle Wahl der Prüfungskom-mission. 4) Anträge und Verschiedenes.

Darauf erhält Kollege Behle als Vertrauensmann der Provinz Hannover das Wort. Redner gibt eine Uebersicht vom dritten Quartal. Leider liegen die Verhältnisse in der Provinz noch sehr im Argen, zumal bei der jetzt herr-schenden Krisis. Demgemäß konnte an ein Vorgehen der Kollegen nicht gedacht werden und man mußte sich nur auf Abwehr, so weit dieses möglich, beschränken. Die Ver-handlungen des Mechanikertages wurden in Göttingen, jedoch mit wenig Erfolg, ausgenutzt. In Hannover hat sich nach Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung eine lokale „Metallarbeiter-Gewerkschaft“ mit niedrigen Beiträgen ge-gründet, gegen die jedoch jetzt energisch vorgegangen werden soll. Betreffs Aufbringung der Gelder ist in den letzten Jahren die Hauptkassette sehr in Anspruch genommen worden. In die Sammlung von statistischem Material war nicht zu denken, da die Kollegen dafür kein Verständnis zeigten.

Dann erstatet Kollege Quitt den Bericht der Schleswig-Holsteinischen Agitationskommission. Früher wurde die Agitation durch einen Vertrauensmann (Kollegen Eich-Neudburg) betrieben. Darauf wurde 1897 in Nordermünster eine dreigliederige Agitationskommission mit dem Sitz in Kiel gebildet. Durch ein harmonisches Zu-sammenarbeiten mit anderen Verbänden und Kartellen sind gute Erfolge erzielt, wenn auch die Maßnahmen Köllers einige Schwierigkeiten bereiteten. In Glücksstadt, Eberswalde und Oldesloe gingen die Verwaltungen ein, dagegen hat sich Döning ohne Zutun der Agitations-kommission gut entwickelt. Die Hamburger Kollegen haben sich sehr thätig an der Agitation betheiligt. Eine Agitations-konferenz von Massatisch hat keinen Erfolg gebracht, trotzdem die Ankosten etwa 900 Mk. betragen. Die Mitgliederzahl im Bezirk ist von 2270 auf 4152 gestiegen. Im Ganzen be-finden sich 20,760 Metallarbeiter im Bezirk, darunter 234 Arbeiterinnen. Wenn nun in Betracht gezogen wird, daß ¼ von diesen nicht als organisationsfähig betrachtet werden, so sind ca. ¼ organisiert. Statistische Aufnahmen wurden 1895 und 1899 gemacht. Das Material der letz-teren war jedoch wegen Mangel an Zeit und Kräfte nicht so zu bearbeiten, wie es wünschenswerth wäre. In letzter Zeit werden vierteljährlich statistische Erhebungen seitens der Verwaltungen verlangt, die befriedigend ausfallen. Die Einnahmen betragen 930,52 Mk., die Ausgaben 760,74 Mk. Bestand 169,78 Mk. Die Bewegungen sind theils zu Gunsten der Betheiligten ausgefallen.

Von dem Nordwestdeutschen Agitationsbezirk berichtet Kollege Pallas-Bremerhaven. Es ist dieses ein eigenartiger Bezirk und sind nur wenige Kräfte vorhanden, weshalb keine besonders erfolgreiche Agitation entfaltet werden konnte. Redner, als bisheriger Vertrauensmann, konnte Geschäftshalber nicht mehr den Posten begleiten, es war aber nicht möglich, einen passenden Ersatz zu finden. Die Arbeitsverhältnisse sind mit Ausnahme von Bremer-haven keine roßigen. Neu gegründet sind Norden und Emden. Erstere ist nicht zu halten, letztere scheint sich gut zu entwickeln. Finanziell ist der Hauptvorstand mit 100 Mark in Anspruch genommen. Leider ist noch anzuführen, daß die Mitglieder des Werftarbeiter-Verbandes nicht gut mit uns zusammenarbeiten. — Ein Geschäftsordnungs-antrag, die Diskussion mit dem zweiten Punkt der Tages-ordnung zu verbinden, wird einstimmig angenommen.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission waren 68 Delegirte vertreten, außerdem Kollege Hele vom Hauptvorstand, Hele als Vertrauensmann von Hannover und Quitt als solcher von Schleswig-Holstein.

Junge rügt die mangelhafte Ausstellung vieler Mandate, ebenso, daß von den Städten Hannover-Binden 10 Delegirte geschickt seien, hierin müsse unbedingt Wandel geschaffen werden. Jensch-Gildesheim erjudet die Zuthellung des Regierungsbezirks Hildesheim zum sechsten Agitationsbezirk, da sie stets von Hannover, aber nie von Braunschweig in der Agitation unterstützt würden. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Bezüglich der Anstellung eines besoldeten Gauleiters ist Wille-Lübeck der Anschauung, daß es durchaus wünschenswerth und nöthwendig wäre, besoldete Beamte anzustellen, hält aber für den 6. Bezirk die Zeit noch nicht für gekommen. Es würden an den Gauleiter zu große Anforderungen gestellt, und in einer Zeit der wirtschaft-lichen Depression sei es immer ein Wagniß, zumal, da eine Stagnation im Verband platzgreifen werde. Die größeren Verwaltungen haben durch die Arbeitslosen-Unterstützung eine ungeheure Arbeitslast, so daß sie genöthigt sind, eine- oder mehrere besoldete Beamte anzustellen. Er empfiehlt, lieber den bestehenden Agitationskommissionen eine an-nehmbarere Entschädigung zukommen zu lassen. In dem-selben Sinne sprechen Eich-Neudburg, Birner und Junge-Hamburg, Schulz- und Großmann-

Altona, K o h l a - Lübeck, F e n z l e - Linden und B e r l i n - g r o ß - W i l h e l m s b u r g. Wirner empfiehlt, daß sich nahe- liegende Verwaltungen zusammenschließen sollten, dann würde auch ohne Bezirksleiter eine gute Agitation betrie- ben werden können. Ebenso schlägt Junge vor, die Nebereien in den eigenen Reihen zu unterlassen und durch Einigkeit mehr für den Verband zu leisten. Eventuell könnte ja neben den bestehenden eine Zentral-Agitations- kommission mit dem Sitz in Hamburg gebildet werden. Letzterer Vorschlag findet aber auf der Konferenz keinen Anklang.

Für Anstellung eines besoldeten Beamten spricht sich P a l l a s t e - Bremerhaven aus, indem er anführt, gerade jetzt, wo der Zentralverein der Formier zu uns übergetreten, könnten etwaige örtliche Streitigkeiten durch einen Gau- leiter als Unparteiischen leicht geschlichtet werden. Wenn durch denselben nur 5000 Mitglieder dem Verbände erhalten blieben, wären die Unkosten schon gedeckt. Bei der schlechten Konjunktur habe der Beamte mehr Gelegenheit, sich örtliche und persönliche Kenntnisse zu sammeln, gerade wäh- rend der Ruhe könne er sich einarbeiten, während er bei Zeiten der Prosperität seine ganze Kraft dem Kampfe widmen müßte. Auch wäre es wünschenswert, daß der Gauleiter die kleineren Verwaltungen an eine geregelte und ordentliche Korrespondenz gewöhnen würde. Den größeren Verwaltungen bliebe genug für die Agitation, umso mehr könnte der Gauleiter sich um die kleineren Orte kümmern. Diesen Ausführungen schlossen sich Hansen - König und Müller - Hannover und Reine - Osterholz - Scharnebeck an. Kollege Reichel - Stuttgart er- klärt, daß sich schon verschiedene Konferenzen mit dieser Frage befaßt haben. Der Vorstand ist einstimmig für Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse, glaubt aber, daß die Anstellung eines besoldeten Gauleiters für den 6. Bezirk nicht so brennend sei, wie z. B. für Rhein- land, Westfalen, Thüringen, Schlesien usw. Auch seien in diesem Bezirk 2/3 der Metallarbeiter in den größeren Städten oder in deren Nähe sesshaft. Dieses erleichtert die Agi- tation. Ebenso würden die größeren Städte durch Auf- hören der Sektionspielerei noch viel mehr leisten. Die Abstimmung über die Anstellung eines besoldeten Gau- leiters ist auf Antrag eine namentliche und wird derselbe mit 34 gegen 34 Stimmen abgelehnt.

Eine Interpellation F r i e d r e m e n betreffs besserer Entschädigung der unbesoldeten Leiter der Agitations- kommissionen beantwortet Reichel dahin, daß der Vorstand jetzt einzelnen Kommissionen und Verwaltungen auf ihren Antrag Gelder zeitweilig zur Verfügung gestellt habe, ebenso würden auch solchen Verwaltungen größerer Städte von mindestens 1000 Mitglieder, die einen besoldeten Be- amten anstellen wollten, in der ersten Zeit Zuschüsse ge- leistet.

Ein Antrag H i e n s b u r g, das Sammellisten-System im Bezirk abzuschaffen und dafür eine obligatorische Extra- steuer einzuführen, wird nach der Erklärung Reichels, daß dieses unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht dienlich sei, zurückgezogen.

R i j e l l stellt den Antrag, daß jede Verwaltung verpflichtet ist, einen Antrag auf ordentliche Entschädigung der Agitationskommissionen beim Vorstand zu stellen. Derselbe wird angenommen.

K ö n i g stellt den Antrag: Verwaltungen und Sek- tionen in einem Städtekomplex haben sich zwecks besserer Agitation zusammenzuschließen. Mehrere Redner weisen darauf hin, daß dieses einer Statutenänderung gleich käme und die Konferenz diesen Beschluß nicht fassen könne. Der Antrag wird abgelehnt.

Ein Antrag O l d e s l o c, bei Unterjählungen auch den Markenbestand des Mitgliedsbuches in der Jahres- abrechnung zu veröffentlichen, findet keine genügende Unter- stützung.

Auch ein Antrag D u a n d t, vor der nächsten General- versammlung keine Konferenz mit obiger Tagesordnung einzuberufen, wird abgelehnt.

Zu einer Anfrage von W e i j i g - Linden, welcher Modus bei den Wahlen zu einer Bezirkskonferenz gilt, meint Junge, daß diese Wahlen nach dem Modus der Generalversammlung vorzunehmen seien. Dieses wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Darauf folgte Schluß der Konferenz 6 1/2 Uhr.

Die Schriftführer:

W. G r o ß m a n n. H. M a r z.

Außer Unterstützungswesen.

Einiges aus der Praxis — für die Praxis.

Schon Kollege M. S. (Martin Segitz?) hat in seinen Kritiken „Nach der Generalversammlung“ in Nr. 27 und 28 dieser Zeitung festgestellt, daß, obwohl auf der Nürnberger Generalversammlung die Anträge auf E r w e i t e r u n g des Unterstützungswesens abgelehnt wurden, die gefassten Beschlüsse doch deutlich die Tendenz zeigen, die Unterstü- tzung zu e r h ö h e n, resp. den Bezug derselben zu e r - l e i c h t e r n und zum Beweise dessen auch die mehrfache Durchlöcherung der Karenzzeit bei Reise- und Arbeitslosen- unterstützung angeführt. Wenn M. S. daran den Wunsch knüpfte, die finanzielle Wirkung dieser Beschlüsse zwecks späterer Anwendung zu beobachten, so gebe ich heute meiner Meinung schon dahin Ausdruck: Wenn alle diese Be- schlüsse g e n a u n a c h i h r e m W o r t l a u t e ausgeführt werden, so wird die Verbandskasse, abgesehen von der e r - höhten Belastung der durch die Krise hervorgerufenen größeren Arbeitslosigkeit, bis zur nächsten Generalversam- lung derart geschöpft werden, daß wohl oder übel eine Kompensierung durch Erhöhung unseres wackeligen Bei- trages eintreten muß. Und ich erkläre weiter: E s m u ß a u f k ü n f t i g e n G e n e r a l v e r s a m m l u n g e n u n t e r a l l e n U m s t ä n d e n v e r m i d e n werden, daß die Verachtung dessen, was für uns 2 Jahre Geßel ist, unserer Statuten, zu einer Durchpeitschung ausartet, wie es in Nürnberg der Fall war, denn dadurch ist es tatsächlich so weit gekommen, daß wir heute unter Umständen für den Be- zug der Unterstützungen gar keine Karenzzeit mehr haben. Einige wirklich vorgekommene Fälle mögen das illustrieren.

Ein Mitglied, das am 15. September eingetreten ist, also den höchsten Unterstützungssatz, 70 Mk. pro Jahr, beziehen kann, hatte an Reisegeld erhalten vom 30. August 1900 bis November 1900 35 Mk., von März 1901 bis Juli 1901 wieder 35 Mk., war also ausgereist. (Was es in den vor- hergehenden Jahren erhalten, bleibt ganz außer Betracht.) Dieses Mitglied bezog bereits am 11. September 1901 wie- der ersten Erhebungstage an gerechnet wird, also am 30. August abgelaufen war. Zufällig hatte sich das Mit- glied die Arbeitslosigkeit durch 14tägige Krankheit zugezogen und fiel deshalb bei ihm auch die 7tägige Karenzzeit fort. Ein zweiter Fall: Im 3. Oktober trat hier in Frankfurt a. M. ein durchreisender Formier über, der am 24. Juni 1899 in den Zentralverein der Formier eingetreten war. Er hatte dort an Unterstützung erhalten: Vom 6. Dezember 1900 bis 15. Januar 1901 für 30 Tage = 36 Mk. Arbeits- losenunterstützung; vom 8. Februar 1901 bis 15. Februar 1901 Reisegeld = 5,18 und vom 3. September 1901 bis 27. September 1901 Reisegeld = 12,32 Mk., zusammen also 53,50 Mk. Seiner zweijährigen Mitgliedschaft nach hätte er bei uns nur 49 Mk. zu erhalten, wäre also jetzt beim Uebertritt ausgereist gewesen. Da aber zwischen den 3 Unterstützungen im Ganzen 31 Wochen liegen, die nach § 6 Absatz 5 unseres Statuts auf die einjährige Karenzzeit vom ersten Erhebungstage an anzurechnen sind, so mußte ich ihm noch 2,50 Mk. auszahlen, sodas dieselbe nun zwar mit 56 Mark ausgereist ist, aber nach einer Mitgliedschafts- dauer von nur 2 1/2 Jahren. Wenn dieses Mitglied wieder bezugsberechtigt wird, kann nach dem Wortlaut unseres Statuts kein Mensch jagen! So könnte ich noch mehrere Fälle anführen, in denen es auf Grund der Absätze 4 und 5 des § 6 der Statuten vorgekommen war, daß Mitglieder viel höhere Unterstützungssummen bezogen hatten, als sie nach Absatz 3, ihrer Mitgliedschaft entsprechend, beanspruchen konnten. Was ist dagegen zu machen? Bis zur nächsten Generalversammlung nichts, denn der Vorstand wird sich hüten, ähnlich, wie im vorigen Jahre durch das bekannte Zirkular, wieder etwas in das Statut hineinzuzuputtern. Vorher wir deshalb den Ursachen nach. Die Statuten- beratungskommission war sich darüber klar, daß, wenn ein Mitglied beispielsweise 15,60 Mk. Beiträge geleistet und dann 42 Mk. Unterstützung erhalten hat, es unbedingt erst wieder 52 Wochenbeiträge geleistet haben müßte, um neue Unterstützung ansprechen zu können, wenn sich nicht der Ver- band am Unterstützungswesen verbluten soll, und beantragte deshalb in den §§ 6, Absatz 4 und 7, Absatz 1 statt ersten — letzten Erhebungstage zu setzen. Die Delegierten wissen, welche heftige Debatte darüber einsetzte und wie diese Fassung in § 6 angenommen, in § 7 aber abgelehnt wurde. Vor der Gesamtstimmung wurde dann auch auf Antrag des Kollegen V o r h ö l z e r - München bei sehr geringer Anwesenheit in § 6 die alte Fassung wieder hergestellt. Ich bin überzeugt, wäre die Zeit vorhanden gewesen um der Generalversammlung Fälle, wie die oben angeführten zu explizieren, so würden die wohlwolligen Anträge der Kommission nicht abgelehnt sein, zumal dieselben doch noch dadurch gemildert waren, daß Arbeitswochen von der Kar- renzzeit in Abzug gebracht werden. Jetzt haben wir die Bescherzung; diese letztere Vergünstigung ist geblieben trotz der alten Fassung und die unüberlegten, in ihren Konsequenzen von den Antragstel- lern gar nicht übersehenen aber ange- nommenen Anträge kosten dem Verbände ein schö- nes Stück Geld! Wenn daher die nächste Generalver- sammlung wieder einen Prügeljungen braucht, wird sie wissen, wer die Meile verdient hat und ihre Parole wird lauten müssen: Karenzzeit vom letzten Erhebungstage ab. Ich gehöre nicht zu denen, die einen engherzigen fis- kalischen Standpunkt des Vorstandes billigen, aber, wie Sigura zeigt, sind kühle kaufmännische Berechnungen oft weit besser, als momentane Gefühlserregungen.

Frankfurt a. M. J. W o r n e m a n n.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Für einen aus den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln, der Rheinprovinz und den Regierungsbezirken A n s b e r g und M ü n s t e r, der Provinz Westfalen zu bildenden Agitationsbezirk mit dem Sitz in Düsseldorf soll ein

besoldeter Bezirksleiter

angestellt werden und wird diese Stellung hierdurch zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Thätig- keit und beträgt der Gehalt für das erste Jahr 1920 Mk., steigt jedoch mit der ersten Anstellung auf 2020 Mk. Aus den Bewerbungen muß das Alter und die bisherige Thätig- keit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Zugelassen zur Bewerbung sind nur Verbandsmitglieder.

Da nach § 10, Abs. 3 des Statuts die von der Prü- fungskommission gewählten Bewerber eine Probearbeit ein- zureichen haben, empfiehlt die Kommission zur Vereinfachung der Prüfung, daß die Bewerber gleich mit ihrer Bewerbung diese Probearbeit einreichen. Der Vorstand unterstützt diese Anregung der Kommission entschieden und ersucht die etwaigen Bewerber, der Anregung der Kommission Folge zu geben. Als Thema für diese Probearbeit hat die Kom- mission gestellt:

„Die Aufgaben eines Bezirksleiters.“

Einige Bewerbungen sind mit der Probearbeit über das obige Thema in geschlossener Briefum- schlag mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ versehen bis spätestens zum 1. November 1901 an den Vorsitzenden der von der Konferenz ernannten Kommission

Hugo Schaal, Solingen, Kaiserstraße Nr. 282 einzusenden.

Desgleichen soll für einen aus der Rheinpfalz, dem Großherzogthum Baden, den Reichslanden Elsaß-Lothringen, dem Königreich Württemberg und dem Fürstenthum Hohenzollern zu bildenden Agitationsbezirk mit dem Sitz in Karlsruhe ein

besoldeter Bezirksleiter

angestellt werden, und wird auch diese Stellung hierdurch ebenfalls zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die Anstellung erfolgt unter denselben Bedingungen wie sie in der obigen Ausschreibung angegeben sind, und gelten auch für die Bewerbungen selbst dieselben Vorschriften, sowohl bezüglich der Probearbeit, der Briefumschlag-Aufschrift und des Termins.

Einige Bewerbungen sind also bis spätestens 1. November 1901 an die Adresse des Vorsitzenden der von der Konferenz ernannten Kommission

Carl Sahn, Mannheim, J. 2. 15a, III einzusenden.

Wir machen sodann an dieser Stelle noch darauf auf- merksam, daß noch eine größere Anzahl von Broschüren über den Vortrag des Kollegen Martin Segitz über **Agitation** auf der letzten Generalversammlung des Verbandes vor- handen sind, und ersuchen wir die Verwaltungen, die noch solche zu verbreiten wünschen, ihre Bestellungen um- gehend nach hier aufzugeben.

Ebenso ersuchen wir die Verwaltungen und Bevoll- mächtigten, ihre Bestellungen auf **Metallarbeiter-Notiz- kalender pro 1902 umgehend** zu bewerkstelligen, damit wir uns mit unseren Nachbestellungen so einrichten können, daß die Expedition keinen Verzug erleidet.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend aufgeführten Verwaltungen die Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Be- tracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntniß ge- bracht mit dem Bemerken, daß die Nichtbezahlung der Extrasteuern Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann:

Der Verwaltungsstelle in Dorimund die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 15 Pf. pro Mitglied.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Erzoder Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/I zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu be- merken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formier.

Braunschw. Nach einem Referat des Kollegen Ullrich in der Sektionsversammlung der Formier am 5. Oktober über die Vortheile des Anschlusses an die allgemeine Ver- waltung und nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Sektion der Formier beizubehalten. Die Versammlungen werden wie bisher alle 14 Tage stattfinden; der Kartell- delegierte soll beibehalten werden.

H i e n s b u r g. In der Versammlung der Formier und Berufsgenossen wurde als Bevollmächtigter Kollege Julius Otzen wiedergewählt; als Revisoren wurden die Kollegen Joh. Henningjen, Feßl. Clausen und E. Jepsen gewählt. Zum Gewerkschaftshausfond wird von jedem Mitglied vierteljährlich eine Extrasteuer von 50 Pf. erhoben. Jeder hier zugereiste Fremde erhält eine Schlafmarke von 30 Pf., welche nur Gültigkeit bei unserem Herbergswirth U. Andreßen, Angelburgerstraße, hat. Ausgeschenkt Kollegen erhalten 50 Pf.

H a n n o v e r. Die Sektionsversammlung der Formier vom 12. Oktober beschloß die Hauskolportage einzuführen. Bis 1. Januar finden unsere Versammlungen alle 14 Tage in unserem Lokal, Neuestraße 27, statt. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Schneider, vom Kaiser Kollege Geese, zu Revisoren die Kollegen Pabst, Hünerbein und Koblenzky gewählt. Die Arbeitslosenkontrolle wird von der allge- meinen Verwaltung ausgeübt. Die Bibliothek der allge- meinen Verwaltungsstelle steht uns zur Verfügung. Kollegen bringt bis 15. November eure Mitgliedsbücher in Ordnung.

R e i n s c h e i d. In der am 12. Oktober stattgefundenen Versammlung der Formier und Berufsgenossen erstatete die Liquidationskommission Bericht. Bis zum 15. November, dem Endtermin des Uebertritts, müssen alle Mitgliederbücher in Ordnung sein. Zum Zeitungsvertrieb meldeten sich vier Kollegen, deren dafür eine geringe Entschädigung bezahlt wird. — Durch bestechende Umgangsformen that sich in der Reinscheider Eisenhütte Herr Spieß herbor. Der Herr scheint an Stuhlverstopfung zu leiden, denn er kann's nicht leiden, wenn die Arbeiter ihre Nothdurft verrichten. Mit der Drohung der Entlassung spart Herr Spieß auch nicht. — Unehliche Zustände herrschen auf dem Utegarderwerk. Zu- reisende Kollegen wollen Erkundigungen einziehen bei Kollegen Stollberg, Honsbergerstraße 13a. Dasselbst Buben- gescheit.

Klempner.

K a r l s r u h e. Nachdem die Sektion der Blechner und In- stallateure ein Jahr gezwungen war, wegen der Lokalfrage die Mitgliederberathungen jeweils Montags abzuhalten, sind wir in der Lage, den Kollegen mitzutheilen, daß wir nun regelmäßig Samstags Versammlungen abhalten. Unsere nächste Mitgliederberathung mit Vortrag findet Samstag, den 26. Oktober, im Gasthaus zur „Fortuna“, Ludwigs- platz, statt.

Metallarbeiter.

Braunschw. In der am 17. Oktober abgehaltenen, von 400 Personen besuchten öffentlichen Metallarbeiterver- sammlung referierte Friedrich Schlegel aus Berlin über „Die gegenwärtige Krise, ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter und die Aufgaben der Organisation“. Auf dieses

Verhältnisse übergehend, berührte der Referent die in einigen Betrieben bereits stattgefundenen Arbeitszeitverlängerungen und erklärte, daß es viel besser sei, die Allgemeinheit frage die Unbilligen, als daß einzelne Arbeiter darunter leiden müßten. In der Diskussion pflichteten mehrere Redner den Ausführungen des Referenten bei. In derselben wurde auch der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß das Oberhaupt der Stadt Braunschweig, Oberbürgermeister Pöckels, einen fühlbaren Nothstand abgestritten habe, indem er erklärte, so schlimm sei die Arbeitslosigkeit nicht, es müsse sich ein Jeder nach der Decke strecken. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit dem Vortrage des Referenten einverstanden und erkennt an, daß eine Verbesserung der heutigen Verhältnisse nur durch eigene Kraft der Arbeiter und zwar durch eine starke Organisation eintreten kann. Es erklären die Anwesenden, welche noch keiner Organisation angehören, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande beizutreten. Ferner protestiert die Versammlung gegen die Ausführung des Oberbürgermeisters Pöckels, daß eine große Noth noch nicht vorhanden sei, sondern die Versammlung ist der Ansicht, daß seit längerer Zeit solche Noth nicht zu verzeichnen gewesen ist und würde es wünschen, daß der Oberbürgermeister Pöckels den Wünschen der Stadtverordneten mehr Rechnung trage.“ Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist mit dem Verband der Metallindustrie in Verbindung getreten, um eine Verfüzung der Arbeitszeit anzustreben und dadurch den Arbeiterentlassungen vorzubeugen. Einige Firmen haben sich bereits damit einverstanden erklärt. Hierbei wurde scharf getadelt, daß seitens einiger „Mittel“-Arbeiter Versuche unternommen werden, dieses Bestreben zu hintertreiben.

Mittheilungen aus der Metallindustrie.

Ueber die Lage der Metall-Industrie veröffentlicht der Verband Berliner Metall-Industrieller in vorzigen Blättern folgende Mittheilung:

„Nachdem in letzter Zeit mehrfach Versammlungen der Arbeitslosen stattgefunden haben, beschäftigen sich die erwählten Vertreter der Eisenindustrie Berlins in ihrer letzten Sitzung mit diesem für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich wichtigen Gegenstande.“

„Sehr schwache Beschäftigung der Eisenindustrie wurde allseits anerkannt, und es wurde zugestanden, daß die Lage der Arbeitnehmer wesentlich ungünstiger geworden ist. Gewarnt wurde eisdann davor, durch allgemeine, oft unermessene Behauptungen die Lage noch zu verschärfen, und deshalb beschlossen, durch eine Umfrage bei allen Mitgliedern ein klares Bild zu schaffen und je nach dem Ausfalle unter Umständen begründete Anträge bei den städtischen und staatlichen Behörden zu stellen. Allseitig kam der Wunsch und das Verlangen zum Ausdruck, den Arbeitern soweit wie irgend möglich helfend beizustehen, trotzdem in einer so schwierigen Zeit wie die gegenwärtige es dem Arbeitgeber oft sehr schwer wird, die alten bewährten Leute zu halten.“

Es ist dies derselbe Verband, der Jahre hindurch die rücksichtsloseste Bekämpfung der Arbeiterorganisation zu seiner Hauptaufgabe gemacht und stets den berechtigten Interessen der Arbeiter widerstrebt hat.

Zur Lage der Eisenindustrie und Maschinenfabriken. Die Voss. Ztg. bringt folgendes „Eingefandte“: „Im Mai und Juni d. J. gab ich Ihnen meine Ansicht kund, daß speziell diejenigen Eisenwerke und Maschinenfabriken, welche Werkzeugmaschinen und Maschinen für die Textilindustrie bauen, das Jahr 1901 wohl mit zu den schlechtesten ihrer bisherigen Erfahrung zählen werden. Die wirthlichen Verhältnisse dieser Etablissements, welche durch die Bilanzen nach und nach bekannt werden, entsprechen leider diesen Vorhersehungen. Die Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Zimmermann in Chemnitz kann nur 3 Proz. Dividende und selbst das nur unter Zuhilfenahme des Reservefonds, die Deutsche Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Sondernann u. Stier in Chemnitz nur 2 Proz. Dividende verteilen, die Werkzeugmaschinenfabrik Union in Chemnitz bleibt ganz dividendenlos, ebenso die Deutsch-Amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Krebs in Halle. Ferner dürfte die Nachricht, daß die Sächsische Webstuhlfabrik vorm. Louis Schönherr in Chemnitz für das vergangene Geschäftsjahr keine Dividende zahlt, die Aktionäre dieser Firma übertraut haben. Diese seit 30 Jahren bestehende Aktiengesellschaft hat damit ihr erstes dividendenloses Geschäftsjahr zu verzeichnen, und es kommt dieses traurige Resultat bei diesem Unternehmen um so unerwarteter, als diese Firma selbst in dem schlechten Geschäftsjahr 1897/98 noch eine Dividende von 9 Prozent verteilen konnte, im vorigen Jahre eine solche von 15 Proz. und in den letzten zehn Geschäftsjahren eine Durchschnittsdividende von 12½ Proz. Bei denjenigen Firmen der Werkzeugbranche, welche das Geschäftsjahr ultimo Dezember abschließen, dürfte die Resultate noch schlechter ausfallen; ebenso sind auch die Aussichten für die Maschinenfabriken nicht gut, desgleichen auch nicht für die großen Eisenwerke. Wir kommen eben jetzt in die mageren Jahre. — Man muß große Anstrengungen machen, um den alten Arbeiterpaum leidlich zu beschäftigen, und es kommt dann noch die Verunsicherung bei den vielen Konjunkturen, insbesondere der Textilindustrie dazu. Sollte das Exportgeschäft der deutschen Maschinenindustrie, welches durch die englische und amerikanische Konkurrenz ohnehin schon sehr gering ist, durch die neuen Handelsverträge noch mehr erschwert werden, so dürfte es manchen Firmen der oben erwähnten Branchen kaum möglich sein, wieder in die Höhe zu kommen. Es werden die nothleidenden Industriellen bald zahlreicher sein, als die nothleidenden Agrarier.“ — Aktionäre, die Jahre lang Durchschnittsdividenden von 12 Proz. bezogen, halten schon mal ohne jede Dividendenzahlung aus; doch zeigt uns dieses Bild aus der Werkzeugmaschinenbranche den Fortschritt der Krise in der Metallindustrie.

Zur Frage der Kohlenpreiserhöhung. Die vor einiger Zeit aufsteigende Nachricht, das Kohlenpreisdiktum im Bereich mit dem Coalsyndikat habe die Absicht, die Preise für Jahreslieferungen für nächstes Jahr um 1—1,50 Mk. die

Tonne herabzusetzen, wurde von der Syndikatspresse sofort dementirt und die heutige Preislage als feststehend bezeichnet. Wie die Köln. Volksztg. berichtet, ist nun in der Sitzung des Coalsyndikats am 10. Oktober die Preisfrage eingehend ventilirt worden. Es ist auch von der Mehrzahl der anwesenden Aufsichtsrathsmitglieder die Nothwendigkeit einer Preisermäßigung angeführt, der durch die mäßigen Verhältnisse im Eisengewerbe hervorgerufenen Schwierigkeiten entgegen zu treten. Die Minderheit, darunter namentlich der Generaldirektor einer großen Bergwerksgesellschaft, vertrat dagegen die Ansicht, daß die Nachfrage auf dem Coalsmarkt durch eine Preisermäßigung nur wenig gesteigert werden würde. Auch eine zu große Rücksichtnahme auf die unangünstige Lage des Eisengewerbes sei unangebracht, da die Eisenwerke dieselbe durch Preisunterbieten und sonstige verbotene Maßnahmen zum großen Theil selbst vermindern könnten. Das Eisengewerbe müsse, so wurde von dem betreffenden Vorsitzenden angeführt, aus seiner mäßigen Lage auch ohne ermäßigte Coalspreise auskommen können. Diese Ausführungen scheinen indes, den Beifall der Mehrheit der Anwesenden nicht gefunden zu haben; denn die Preisfrage wird den Aufsichtsrath im nächsten Monat noch einmal beschäftigen.

Da das Coalsyndikat bei dem Minderverbrauch in der Eisenindustrie seine Produktion schon auf 33½ Prozent einschränken mußte und gegenwärtig das Gerücht herumgeht, diese Prozentziffer soll auf 40 erhöht werden, so läßt sich wohl daraus die nachgebligte Stimmung der Aufsichtsräthe erklären. Geringe Preisherabsetzungen würden allerdings keine Erleichterung für die Eisenindustrie bedeuten, denn die Interessenten erheben große Ansprüche, die bei der mäßigen Lage der Industrie erklärlich sind. Zerstörer sind die kleinen Verbraucher der Hausbrandkohle davon, die gar keinen Einfluß auf die Syndikatsmitglieder ausüben können.

Der Jahresbericht der Reichertig-Schiffswerft und Maschinenfabrik in Hamburg über das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1900/1901 beträgt u. A.: „Der Anfang Juli ausgebrochene Streik der Werftarbeiter, der bis Ende September dauerte, störte unsere Arbeiten sehr, so daß wir nur ein Fracht- und Passagierdampfschiff von 3750 Tons Tragfähigkeit mit Dreifach-Expansionsmaschinen von 1600 ind. Pferdekraften zur Abfertigung brachten. Nach Beendigung des Streiks wurden uns viele größere Umbauten und Reparaturarbeiten übertragen, so daß wir unsere Arbeiterzahl vergrößern mußten, um allen Ansprüchen genügen zu können. Im Bau verblieben ein Fracht- und Passagierdampfschiff von etwa 6000 Tons Tragfähigkeit mit Vierfach-Expansionsmaschinen von zusammen 3500 Pferdekraften, sowie zwei Fracht- und Passagierdampfschiffe von je 200 Tons Tragfähigkeit mit Caudruselmaschinen von je 1700 indizierten Pferdekraften.“

Ueber das war mit Ausnahme der Streikperiode fortwährend besetzt, und wir mußten manche Aufträge ablehnen. Die großen Ansprüche, die bei der Zunahme unserer heimischen Handelsflotte an die vorhandenen Docks gestellt werden, veranlaßten uns, den Bau eines größeren Schwimm docks von 500 Fuß Länge und 11.000 Tons Tragfähigkeit zu beschließen. Nach Abzug aller Aufkosten inklusive Abgänge und Reparaturen an Bauhilfsmitteln, Werkzeugmaschinen, Werkzeugen und Schwimm dock verbleibt inklusive des Vorrages von vorigen Jahre ein Reingewinn von 461.604,02 Mk., den wir vorschlagen, wie folgt zu vertheilen: Abschreibungen 160.000 Mark, Reservefonds (welcher damit die erforderliche Höhe von 10 Proz. des Aktienkapitals erhält) 18.495,94 Mark, Tanteine des Aufsichtsrathes 18.247,62 Mk., Dividende 10 Proz. = 250.000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 17.860,46 Mk.“

Trotz der Schäden, welche die Ausperrung der Werftarbeiter, die hier wieder in gewohnter Weise zu einem Streik umgelagert wird, dem Unternehmen zugefügt hat, ist doch noch ein hübscher Profit für die Aktionäre herausgekommen, ein Beweis dafür, daß die Werft die paar Pfennige Lohnersparnis für die Mieter, die den Preis für die Ausperrung gegeben haben, ohne Weiteres hätte bereitwillig können! Die Tanteine des Aufsichtsrathes und die Dividende der Aktionäre hätten dadurch nicht einma! die allgeringste Schmälerung erfahren.

Ein englisch-spanischer Stahlstreif. Das englische Stahlgewerbe macht seit einiger Zeit mit großem Eifer gegen die American Steel Corporation mobil. Es will die Stahlproduktion so vervollkommen, daß es zu den gleichen Preisen, zu denen der amerikanische Stahlstreif seine Produktion auf den europäischen Markt wirft, mit dem gefährlichen Konkurrenz den Kampf aufnehmen kann. Diesem Ziel glauben die englischen Stahlindustriellen unter Anderem auch durch die Bildung eines Trusts näherzukommen, dem vier spanische und zwei englische Gesellschaften angehören. Das Kapital des Trusts ist auf 120 Mill. Mark festgesetzt. Die Produktion soll im ersten Jahre 3, später 7½ Millionen Tonnen betragen. Die Abmachungen zwischen den spanischen und englischen Firmen betreffen, daß die Vizcaya-Iberia- und Alcos-Aornos-Gesellschaften eine Million Pfund Kapital beibringen und 5 Millionen Tonnen Metall erzeugen, die Jota- und Aznar-Gesellschaft sich mit 2 Mill. Pfund betheiligen und eine Million Tonnen produzieren und die englischen Gesellschaften 3 Mill. Pfund liefern und 1½ Mill. Tonnen herstellen können. Der Vortheil dieser Verbindung zwischen englischer und spanischer Industrie wird darin erblickt, daß die Engländer sich die spanischen Eisenerzminerale leisten wollen, deren Besitz wegen der Qualität und Billigkeit der Eisenerze eine Herabminderung der Produktionskosten für Stahl gestattet.

Verfüzung der Arbeitszeit wegen Arbeitsmangel. Der Braunschweiger „Volksfreund“ schreibt: In Folge der in letzter Zeit auf mehreren größeren Werken erfolgten Maschinenentlassungen von Arbeitern wurde von Seiten des Metallarbeiterverbandes, Bezirksamtliche Braunschweig, an den Verband der hiesigen Metallindustriellen der Wunsch gerichtet, an Stelle weiterer Maschinenentlassungen eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende allgemeine Verfüzung der täglichen Arbeitszeit in den von der Krise betroffenen Betrieben einzutreten zu lassen. Der Verband

Braunschweiger Metallindustrieller hat in seiner am 4. ds. Mtz. abgehaltenen Sitzung diesem Wunsche gemäß beschloffen. Er hat dieses Vorgehen als im beiderseitigen Interesse liegend für berechtigt anerkannt und seinen Mitgliedern empfohlen, in allen Betrieben, wo es die Verhältnisse irgendwie ermöglichen, diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen. — Weniger vernünftig sind in anderen Industriestädten die Unternehmer. In N ü r n b e r g haben die Betriebsleitungen der Allg. Maschinenbau-Aktiengesellschaft und in M ü n c h e n Kreis u. Co. sowie Masfai eine Verfüzung der Arbeitszeit rundweg abgelehnt.

K u n d s c h a u.

Die Statistik der Ausstände und Ausperrungen im zweiten Vierteljahr 1901 wird im neuesten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches fortgesetzt; es ist die übliche Darstellung der Arbeitskämpfe für das zweite Quartal des laufenden Jahres. Danach sind 379 Ausstände begonnen gegen 492 im zweiten Vierteljahr 1900, so daß eine erhebliche Abnahme stattgefunden hatte. Vor dem 1. April 1901 waren 80 Ausstände begonnen, die unbeeidet in das neue Vierteljahr übernommen wurden. Von diesen zusammen 459 Ausständen sind im zweiten Vierteljahr 1901 384 beendet, so daß am Schluß des Vierteljahrs 75 unbeeidet übrig blieben, darunter 12, die bereits länger als ein Vierteljahr dauerten. Die meisten neu begonnenen Ausstände entfallen auf das Baugewerbe mit 167 (1900 212), dann folgen die Industrie der Steine und Erden mit 32 (40), die der Holz- und Sägmühlerei mit 26 (46), der Nahrungsgewerbe und Kleingewerbe mit 26 (35), die Maschinenindustrie mit 22 (25) und das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 22 (14) Ausständen. Die Zahl der von den im zweiten Vierteljahr beendeten Ausständen betroffenen Betriebe belief sich auf 1723 (1900 2390), von denen 406 (578) zum völligen Stillstand gekommen sind. In diesen Betrieben waren bei Ausbruch des Ausstandes 48.300 (93.379) Arbeiter beschäftigt, darunter 7758 (11.498) in den ausschließlich vom Ausstand ergriffenen Betriebszweigen. Die Höchstzahl der gleichzeitig ausständigen Arbeiter betrug 18.916 (35.975), die der gezwungen feiernden Arbeiter 1240 (3970). Der Ausstand hatte vollen Erfolg in 69 Fällen, theilweise in 123, keinen in 190 Fällen. Im Ganzen blieben also 49,8 Proz. der beendeten Ausstände ohne Erfolg, während dies im zweiten Vierteljahr 1900 nur bei 39,8 Proz. der Fall war. — Die Zahl der begonnenen Ausperrungen (17) war erheblich größer als im entsprechenden Vierteljahr 1900, in dem sie nur 7 betrug. Allerdings sind von den Ausperrungen nur 89 (1900 110) Betriebe betroffen, von denen 5 (37) zum völligen Stillstand gekommen sind. Die Höchstzahl der gleichzeitig ausgesperrten Arbeiter betrug 1262 (2334), die der gezwungen feiernden Arbeiter nur 1 (62). Von den beendeten Ausperrungen hatten sieben vollen, zwei theilweisen und drei keinen Erfolg, so daß nur 23 Proz. der Ausperrungen erfolglos blieben.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Verichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow) Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 2 des 5. Jahrganges unter Anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Kongreß der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz. Offizielle Anerkennung der Arbeiterorganisationen. 5. Kongreß der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Unbefriedigende Abfahrtsverhältnisse. Erzeugungseinschränkung in der Britenfabrikation); Steine und Erden (Ueberproduktion im Zementgewerbe. Ende des Glasarbeiterstreiks); Holz- und Schnitzerei (Zahlungsschwierigkeiten und Preisfall im Holzgeschäft); Bekleidungs- (Forderungen der Konfektionsarbeiter); Baugewerbe (Wartungstätigkeit in Berlin und im oberdeutschen Industriebezirk); Graphische Gewerbe (Abschluß der neuen Tarifvereinbarungen im Buchdruckgewerbe). — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. Arbeitsnachweise. Krankenlisten. Streikverzeichnisse für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Haushaltslisten. Konsum: Berliner Nahrung. Ernährung der Zuckerpreise. — Verwertung der Arbeitsnachweise: Bewegung für gemeinsame Arbeitsnachweise in Amerika. Zeitungsberichterstattung in Wien. — Arbeitslosen-Versicherung: Gewerbliche Arbeitslosigkeit und Landwirtschaft. Verfügung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten. Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit in Oagen i. W. — Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über September 1901.

Eine wichtige Frage, die von prinzipieller Bedeutung ist, beschäftigt kürzlich das Gewerbe in S o l i n g e n. Aus Mangel an hinreichender Beschäftigung und um ihre langjährigen Arbeiter nicht entlassen zu müssen, hatte die Firma Dr. Herder Abr. Sohn in Solingen vor einiger Zeit für ihre Messerschlagereiarbeiter die vier tägige Beschäftigung in der Woche eingeführt. Da indessen nach etwa sechs Wochen die Produktion immer noch zu groß war, kündigte die Firma, wenn auch ungerne, schließlich doch mehreren Arbeitern. Während der gesetzlichen zweimonatlichen Kündigungsfrist arbeiteten die Gefündigten ebenfalls nur vier Tage in der Woche, im Ganzen also acht Tage. Nach ihrer Entlassung glaubten sie nun Anspruch auf Lohn nicht nur für acht, sondern für zwölf Arbeitstage zu haben. Da es sich um Familienväter handelte, war die Firma, trotzdem sie ein Recht auf die gestellte Forderung nicht anerkannte, bereit, die vier Tage mehr zu bezahlen; um aber eine endgültige Entscheidung über die Streitfrage herbeizuführen, veranlaßte sie einen der Gefündigten, das Gewerbegericht anzurufen. Dasselbe wies, laut „Darm. Ztg.“, den Kläger mit seiner Forderung für die vier Tage ab. Zu der wohl allgemein interessirenden Urtheilsbegründung hieß es u. A.: Der Kläger, der in Accord stand, konnte, als ihm die Verfüzung der Beschäftigung auf vier Tage angekündigt wurde, von dem Rechte aus § 124 der Gewerbeordnung Gebrauch machen und ohne Kündigung die Arbeit verlassen, weil der

Arbeitgeber nicht für ausreichende Beschäftigung sorgte. Dies hat er nicht, er war vielmehr mit dem neuen Arbeitsvertrag stillschweigend einverstanden und arbeitete sechs Wochen hindurch nur vier Tage. Obwohl nun das Gesetz einen derartigen Fall nicht direkt vorzusehen, und nicht statt der zwölfstündigen Stundungsfreie die achtstündige festsetzte, sei das letztere eo ipso anzunehmen, zumal der Gefändigte für die Stundungsfreie nur die Summe beanspruchen könne, die er durchschnittlich in der letzten Arbeitsperiode verdient habe. — Trotzdem die beklagte Firma Recht beizubehalten, sind dem Kläger seine Ausgaben und sein durch die Verhinderung entgangener Arbeitsverdienst ersetzt worden.

Arbeiterversicherung und Tuberkulosebekämpfung. Zu diesem Thema wird offiziös in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ geschrieben: „Das Eingreifen der Arbeiterversicherung in die Bekämpfung der Tuberkulose hat insbesondere auch einen außerordentlich günstigen Einfluß auf die Lage der bisher gegenüber einer Krankheit wie der Tuberkulose machtlosen Krankenkassen ausgeübt. Früher mußten die Krankenkassen ohne jede Aussicht auf Erfolg für ihre tuberkulösen Mitglieder große Opfer bringen. Jetzt sorgen sie durch ihre Ärzte dafür, daß alle tuberkuloseverdächtigen Krankheitsfälle alsbald gründlich untersucht werden. Au größeren Orten ist auf Anregung der Krankenkassen vielfach Gelegenheit zur Beobachtung und Verabreichung von Lungentropfen geboten. Insbesondere erfolgt an solchen Anstaltsstellen die menschengeduldige Untersuchung des Auswurfes der Kranken. Die Ärzte werden durch sorgfältig zusammengestellte Fragebogen über alles für die Diagnose Wissenschaftliche beschrift. Vertrauensärzte der Versicherungsanstalten unterziehen die von den Ärzten der Krankenkassen zur Heilbehandlung vorgeschickten Kranken einer Nachprüfung, und wo es sich herausstellt, daß zu viel ungeeignetes Krankheitsmaterial in die Heilanstalten gelangt, da werden Ärzte und Krankenkassen seitens der Versicherungsanstalten immer wieder auf eine sorgfältigere Auswahl der Kranken und auf eine Bruchfristuntersuchung zur Erfolg versprechenden Krankheitsfälle in dem ersten Stadium hingewiesen. Dazu kommt, daß die Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten jede Gelegenheit ergreifen, um die Arbeiterkreise über die ihnen aus der Tuberkulose drohende große Gefahr und den dagegen möglichen Schutz aufzuklären.“ Es muß in der Tuberkulosebekämpfung unendlich viel mehr geschehen, als auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung möglich ist. Vor allem handelt es sich darum, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben, ihre Lebenshaltung zu einer besseren zu gestalten. Statt sich dieser Aufgabe hinzugeben, helfen die maßgebenden Faktoren im Regiment mit, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, und so die Tuberkulose zu fördern. Man erinnere sich der Verfügung des preussischen Eisenbahnministers, wonach die Löhne der Eisenbahnarbeiter reduziert werden sollen. Und dann die agrarische Lebensmittelpolitik, die Erhöhung der Getreide- und Viehpreise, zu welcher die Regierungen die Hand bieten. Weiter der Widerstand der Regierungen gegen gute Arbeiterschlüsse. Der Arzt, die medizinische Wissenschaft wird gegen die Tuberkulose so ziemlich unwirksam bleiben, so lange deren Ursachen, die in der wirtschaftlichen Misere des arbeitenden Volkes zu suchen sind, bestehen bleiben.

Die Stuttgarter vereinigten Gewerkschaften (Stavica) haben ihr Gewerkschaftshaus durch einen großen Ausbau wesentlich erweitert. Die Stuttgarter Gewerkschaften gingen mit der Gründung ihres ersten eigenen Heims im Jahre 1893 auf diesem Gebiete bahnbrechend voran. Mit dem Stuttgarter Unternehmen inzwischen auch von verschiedenen anderen Großstädten, insbesondere durch das neue Berliner Gewerkschaftshaus, an Umfang weit übertroffen worden, so gilt seine Einrichtung doch immer noch als Vorbild für die Gewerkschaften derjenigen Orte, die mit der Gründung solcher Häuser noch nachfolgen wollen. Es dürfte daher über seine Entwicklung und seinen gegenwärtigen Stand einige Mitteilungen von Interesse sein. Nach mehr als fünfjähriger guter Entwicklung siedelte das Unternehmen im Juli 1898 vom „Gasthaus zum Diebstahl“, das nur miethweise zur Verfügung stand, in das kauflich um den Preis von 225,000 Mark erworbene „Gasthaus zum goldenen Bären“ über. Obgleich dieses in seiner räumlichen Ausdehnung das erste Haus weit überragte, erwies es sich doch schon nach kurzer Zeit als zu klein. Es wurden einige Nachbargärten hinzugekauft, an deren Stelle der Neubau im Laufe des letzten Sommers emporent. Während der „Diebstahl“ in zwei Etagen, einem Vorjaul, drei Zimmern und der Tageswirtschaft für circa 500 Personen Raum bot und 60 Betten enthielt, könnten im jetzigen erweiterten Gewerkschaftshaus sich gleichzeitig 2000 Personen aufhalten und 100 Fremde beherbergt werden. Die erweiterte Tageswirtschaft im Parkerte faßt bequem 350 Personen; an dieselbe schließt sich ein Saal für Gesangsvereinszwecke an, der 250 Personen Raum bietet. Der erste Stock enthält fünf Säle verschiedener Größe, die zusammen etwa 550 Personen fassen. Mehrere derselben können nach Bedürfnis durch den Anzug von Kolläden miteinander verbunden werden. Den zweiten und dritten Stock des Neubaus füllt ein überaus schmucker Reissaal aus, der 800 Personen aufnehmen kann. In denselben Stockwerken des alten Gebäudes sind die Logierzimmer, die Lokale des Arbeitersekretariates, Sitzungszimmer und die Wohnung des Verwalters untergebracht, während die Bibliothek der vereinigten Gewerkschaften im ersten Stock des alten Gebäudes Platz gefunden hat. Das Anwesen repräsentiert in seiner jetzigen Gestalt einen Wert von 640,000 Mk.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Die Gewerkschaften Dänemarks und der Ausschuß des Krankentätigerverbandes in Kopenhagen haben beschlossen eine Arbeiter-Lebensversicherungsanstalt zu begründen. Das gesammte Garantiekapital soll 100,000 Kronen betragen und in Anteilen zu 200 Kronen von den Gewerkschaften und Krankentätigen gezeichnet werden. Auch Einzelpersonen können Anteile erwerben, jedoch haben diese, wie das in allen kooperativen Unternehmungen der Arbeiter der Fall ist, unabhängig von der Zahl ihrer Anteile nur eine Stimme in den Generalversammlungen. Das Garantiekapital wird mit

4 Prozent verzinst. Wenn das Vermögen der Gesellschaft eine bestimmte Höhe erreicht hat, wird den Einzelpersonen ihr eingeleagtes Kapital sammt den Zinsen zurückbezahlt, wogegen das der Organisationen stehen bleibt. Hiermit soll diesen das Eigentumsrecht an dem Unternehmen auf alle Fälle gesichert werden. Die Anmeldung zur Versicherung, sowie die Entgegennahme der Prämien erfolgt durch die Vertrauensleute der Organisationen. Bei Arbeitslosigkeit, sowie bei Streiks und Ausperrungen werden die Prämien auf längere Fristen gestundet. Die Versicherungssumme kann ohne Gesundheitsattest 200 bis zu 1500 Kr., mit Gesundheitsattest bis 5000 Kr. betragen. Die Versicherungssumme kann, außer im Todesfall, auch nach einer bestimmten Reihe von Jahren zur Auszahlung gelangen. Die Prämien sollen niedriger gesetzt werden, als bei den privaten Versicherungsgesellschaften, was hauptsächlich dadurch ermöglicht wird, daß die „Arbeiter-Lebensversicherung“ keine Agenten zu bezahlen braucht und auch die Verwaltungs-kosten erheblich geringer sein werden als bei jenen Gesellschaften.

Technisches.

Die Einführung des internationalen (metrischen) Gewindefsystems S 1 in Deutschland behandelte der Verein deutscher Maschinenfabrikanten auf seiner außerordentlichen Generalversammlung, die am 5. Oktober in Berlin tagte. Dazu lag folgende Darlegung des für diese Frage eingesetzten Sonderausschusses vor: Der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten hat in der Denkschrift vom 6. Februar 1895 gegen die Einführung eines metrischen Gewindefsystems anerkannt, daß der Zustand, welcher in Deutschland in Bezug auf die Verschiedenheit der Gewinde herrscht, Mängel besitzt und daß eine Abhilfe nach dieser Richtung wohlthätig empfunden werden würde; auch hat er die Annahme eines einheitlichen Gewindefsystems unter der Bedingung genehmigt, daß diese Annahme auf Grundlage einer internationalen Verständigung und unter Zustimmung der hauptsächlich in Betracht kommenden Länder erfolgt und sich allen hierauf gerichteten Bestrebungen voll und ganz angeschlossen. Betrachtet man die Gründe, welche in der Denkschrift gegen die Einführung eines metrischen Gewindefsystems angeführt sind, so ist gesagt, das Messen der Gewinde geschieht jetzt nur mit Lehren (das stimmt, nebenbei bemerkt, wohl für kurze Schraubengewinde, aber nicht für längere Schrauben, z. B. Leinpfindeln, deren Genauigkeit nur mittelst Maßstab kontrolliert werden kann) und es ist daher ziemlich gleichgültig, auf welchem Maß das Messen beruht. Das ist es nicht, denn warum sollen wir in Deutschland ein Gewindefsystem beibehalten, dem englisches Maß zu Grunde gelegt ist, während sonst Metermaß eingeführt ist? Die preussische Eisenbahn-Verwaltung, welche auch metrisches Gewinde durchgeführt hätte, mußte sich, bei der Unmöglichkeit, das Whitworth-Gewinde genau in Metermaß zu überlegen, begnügen, dies nur auf den glatten Theil der Wellen zu beschränken. Ueber die Zweckmäßigkeit der Querschnittsform des Gewindes sind die Ansichten geteilt, nachdem der internationale Kongreß in Zürich im Oktober 1898 sich für den Neigungswinkel von 60 Grad entschieden hat, denselben Winkel wie bei Sellers, mit dem auch die Gewindefhöhe übereinstimmt. Es ist ferner behauptet, daß während des Uebergangsstadiums, in welchem beide Gewindefsysteme in Gebrauch sein müßten, große Schwierigkeiten für den Vertriebsstand; man überhäuft diese zu sehr, und es bleibt nur eine Unbequemlichkeit, die bei einiger Aufmerksamkeit im Betrieb kaum empfunden wird. Als bezeichnendes Beispiel, wie weit die Verschiedenheit der Gewindefsysteme geführt hat, ist unter Anderem anzuführen, daß bei der Elsfässigen Maschinenbaugesellschaft heute noch die Werkzeuge mit 12 verschiedene Gewindefsysteme vorhanden sind, von denen häufig 5 bis 6 gleichzeitig im Gebrauch waren und heute noch 4 zu gleicher Zeit in Benutzung sind. Demgegenüber erdient der Gebrauch eines einheitlichen Gewindes als idealer und der Gebrauch zweier, beispielsweise Whitworth und S 1 als ein recht errägliches. Was nun den Kostendruck anbelangt bei Einführung eines neuen Gewindefsystems, so sind die in genannter Denkschrift angeführten Werten bedeutend übertrieben, und es ist unerfindlich, wie man auf die Summe von 70 000 bis 80 000 Mark kommen konnte; sie betragen für eine Maschinenfabrik von etwa 1500 bis 1800 Arbeitern, wie sie dort angeführt, höchstens 12 000 bis 15 000 Mark bei ausreichender Ausrüstung mit den gewöhnlich vorkommenden Gewindefwerkzeugen inkl. Halbbrenn, Lehren usw. Leinpfindeln für Drehbänke brauchen überhaupt nicht erneuert zu werden, da man mit englischer Spindel metrisches Gewinde schneiden kann; Schneidklappen dürfen theilweise weiter zu benutzen sein, da nur die Backen auszuwechseln sind. Die Befürchtung, daß bei Einführung eines metrischen Gewindes in deutschen Fabriken, das Ausland große Bedenken tragen würde, deutsche, mit solchen Gewinden versehene Maschinen zu beziehen und durch die Ausfuhr von deutschen Maschinen auf dem Weltmarkt geschädigt werden könnte, hatten wir nicht für begründet.

Litteratur.

Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch, ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik. Von Max Schöppel. Dieses von den Parteigenossen seit Jahren gewünschte Hilfsmittel für die Agitation, dessen Herausgabe schon von mehreren Parteitagungen beschlossen wurde, erscheint nunmehr im Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Das Buch stellt in eingehender Weise dar, unter welchen parlamentarischen Kämpfen und mit welchen Erfolgen und Mißerfolgen die Reichsgesetzgebung über die wichtigsten, vor allem die Arbeiter berührenden Fragen sich allmählich entwickelt hat. Im Mittelpunkt stehen dabei die eigentlichen Fragen der Sozialreform und des Arbeiterkampfes. Das langsame Zurückweichen des kapitalistischen Manchestertums, das zähe und siegreiche Vordringen der Arbeiterforderungen auf den verschiedenen Gebieten, aber auch die immer wiederkehrenden Reaktionsversuche der großkapitalistischen Schicht-

macher und des Kleingewerblieh-zünftlerischen Meistertums werden auf das Ausführlichste geschildert und zwar in zusammenfassenden Uebersichten (wie: Geschichte der Arbeiter-schutzgesetzgebung in Deutschland — Entwicklung des Arbeiterversicherungswezens — Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungrecht, Berufsvereine — Gewerbegerichte, Einigungsämter), in Spezialartikeln für Einzelfragen (wie: Fabrikinspektion, Frauenarbeit, Kinderarbeit, Sonntagsarbeit, Hausindustrie, Lohnbeschlagnahme, Drucksystem — Kontraktbruch-Verstrafung, Sozialistengesetz, Zuchtanweisung, Umsturzvorlage — Arbeitsbuch, Arbeitsamt, Arbeitskammern, Arbeitsnachweis u. s. f.)

Auch auf die Schutzgesetzgebung für einzelne Arbeits-zweige, mitunter nur Trub- und keine Schutzgesetzgebung, ist stets besonders eingegangen (so in Artikel wie: Bäckerverordnung, Banarbeiterschutz, Binnen-schiffahrt, Bergarbeiter, Gastwirthsgehilfen, Geinde, Hafenarbeiter und Seelenie, Handlungsgesilfen u. s. f.)

Große Aufmerksamkeit ist den gewerbepolitischen Streitfragen gewidmet: der Geschichte und den Abänderungen der Gewerbeordnung, den Innungsbestrebungen und der Mittelstandssetzerei, dem Kampfe gegen Genossenschaften und Konsumvereine.

Auch die augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden handelspolitischen Fragen sind durch orientierende Artikel eingehend behandelt.

Weiter findet der Leser reiches Material über die Steuerfragen, über Militarismus, Flotten- und Kolonialpolitik.

Eine ihrer politischen Bedeutung entsprechende Würdigung erfahren endlich auch die Verfassungs- und ähnlichen Fragen.

Das Buch, das in 35 Lieferungen à 20 Pfg. erscheint, soll einen dauernden Werth behalten; deshalb werden jedesmal nach Schluß der parlamentarischen Legislaturperioden Nachträge zum Sozialdemokratischen Reichstags-Handbuch ausgegeben werden, so daß jeder Besitzer über alle Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik stets auf dem Laufenden erhalten bleibt.

Der billige Preis wird jedem Arbeiter die Anschaffung ermöglchen.

Ein Führer durch die Strafprozedur (Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei) 80 Seiten stark, Preis 40 Pfg., hat soeben die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheinen lassen. Ein nützliches und ein notwendiges Buch. Der Verfasser, Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann, hat aus dem praktischen Leben geschöpft und hauptsächlich die für den Arbeiter in Frage kommenden Fälle herausgegriffen. Nach Erklärung der Strafrichte, behandelt er in fünf Abschnitten die Rechte des Angeklagten vor der Polizei, der Staatsanwaltschaft und vor Gericht in den verschiedenen Stadien: Untersuchung, Beweisverfahren, Verhandlung, und gibt am Schluß neben einem ausführlichen Sachregister auch eine Anzahl Musterformulare. Da der Laie über Haussuchung, Beschlagnahme, Festnahme, Untersuchungshaft, über die ihm zuzurechnende Beschwerde- und Rechtsmittel, sowie auch über den Gang des Prozedurverfahrens bis zur Urtheilssprechung fast durchaus im Unklaren ist, so dürfte diese Schrift ihm ein sehr willkommenes Hilfsmittel sein. Im Gegenzug zu ähnlichen den Arbeitern empfohlenen Handbüchern hält diese Schrift von bloßen Redensarten, die keine Belehrung bringen, sich frei und erhöht ihren praktischen Werth durch das umfangreiche Sachregister und die beigegebenen Formulare für die verschiedensten Eingaben und Beschwerden.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgarter, Dick' Verlag) ist soeben das 3. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine Bündnißfrage. — Die Revision des Programms der Sozialdemokratie in Oesterreich. Von H. Klaustra. — Epilog zum amerikanischen Stahlarbeiterausstand. Von J. L. Franz. — Strömungen im deutschen Genossenschaftswesen. Von H. Fleißner-Dresden. — Revue: Dem neuen Jahrtausend entgegen. Eine naturwissenschaftliche Umriss von Dr. Friedrich Krauer. (Fortsetzung.)

Auf dem Gebiete der billigen Unterhaltungslitteratur zeigen die uns eben zugegangenen Zeitschriften der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen Illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ wiederum, daß sie sowohl in Bezug auf Inhalt wie Illustration für Arbeiterkreise bestens empfohlen werden können. Sie enthalten die Fortsetzung der Romane „Die Islandfischer“ und „Domden und Sohn“ und wir rathen unseren Lesern, Probehefte, die zum Zweck des Nachbezuges durch jeden Colporteur zu beziehen sind, zu verlangen und sich selbst von der Güte dieser Romanbibliothek zu überzeugen. Die Hefte des laufenden Jahrganges von 1 an mit dem Beginn des didenschen Romans „Domden“ können noch nachbezogen werden, ebenso von Heft 27 an, worin die „Islandfischer“ ihren Anfang nehmen.

Briefkasten.

M. B. Was geschehen muß, erfahren Sie aus dem Statut des D. M.-V.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Zu jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Augsburg. Samstag, 2. Novbr., Abends 8 Uhr, im blauen Hof.

Ashaffenburg. Samstag, 2. Novbr., Abends halb 9 Uhr im Bayerischen Hof.

Bayreuth. Samstag, 2. Novbr., Abends 8 Uhr, bei Görl, im Kreuz.

Metallarbeiter-Notizkalender für 1902

Gediegenes und praktisches Nachschlagebuch für alle

in der Arbeiterbewegung stehenden Metallarbeiter.

Enthält: Geschichtliches aus der Deutschen Metallarbeiter-Bewegung (9 Seiten), Auszug aus dem Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (14 Seiten), Statistische Daten aus der Metallindustrie (9 Seiten) und Adressen ausländischer Verbände und des internationalen Informations-Bureaus (1 Seite). Ferner: Allgemeine gewerkschaftliche Daten wie die Deutsche Streikstatistik 1891-1900, Die Erfolge der Gewerkschaften, Was können die Gewerkschaften?, Adressen der Gewerkschaftsverbände, der Gewerbe-Inspektoren und Arbeiter-Sekretariate, Neue Arbeiterchutzbestimmungen, Praktische Winke für das Arbeitsverhältnis, Neue Volkszählungs-Ergebnisse für das Deutsche Reich, Militärlasten-Steigerung, Wissenswerte über Reichstag und Bundesrath, Tuberkulose-Merkblatt u. Außerdem ein Kalendarium und genügend weißes Papier zu Notizen.

Preis pro Stück 50 Pfg.

nur bei vorheriger Einsendung des Betrages.

Bestellungen nehmen entgegen: die Vertrauensleute, die Verwaltungsstellen, sowie der

Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Stuttgart, Neckarstraße 160.

Privat-Anzeigen.

Insperate werden nur gegen Vorauszahlung angenommen. Der Preis für die dreizehnpaltene Zeitzeile beträgt 50 J.

Der Metallarbeiter.

Hilfs- und Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser.

Enthält Anleitung zum Fräsen, Bohren, Feilen und Drehen. Die Zeitberechnung z. Drehen größerer Gegenstände auf der Mandrehbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das konisch Drehen mittelst Meißel u. Support. Gewindeberechnung nach Vektorth und Millimeter-Steigung, sowie Gewindetabellen für alle vorkommende Gewinde, Konstruieren von Zahnräder, sowie Feilen von Zahnrädern und anderes.

Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch

Const. Haas, Köln-Grünenfeld,
Piusstraße 2a.

1 Stück Mk 1,80 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme Mk 2,-, 2 St. 3,60, 3 St. 5,30, 5 St. 8,20 und 10 Stück 16,- bei freier Zusendung. Bei 10 St. 1 Kreiermolar.



Glomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Wegkarte von Deutschland u. angr. Ländern. 356 Seiten, geb. 1,20 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandl. oder gegen Einsendung von 1,40 Mk. von
100 G. Glomke's Verlag, Bielefeld.

!Nebenverdienst!

bietet sich organ. Genossen durch Vertrieb meiner Metall-Schwedenhülse, Schnupftabakdosen u. f. w. mit Namen. Ernstl. Refl. erhalten auf Wunsch Prospekt und Schwedenhülse als Muster gratis u. fr. Bitte genaue Adr. 105 Rheinhardt Chate, Hohenstein-Gr. i. S.

Bei hoher Vergütung

suche alleorts Herren, welche den Vertrieb hochleg. Neuheit (auch vorzüglicher Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Prospekte gratis. 108 Fern. Wolf, Zwickau i. S., Blücherstraße.

In einer größeren Metallhahlfabrik wird ein Werkmeister zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten unter K. S. P. 1 an die Expedition dieses Blattes. [113]

Ein tüchtiger Messerschmied für Reparaturen kann sich bei hohem Lohn melden. Sehr angenehme Stellung. 112] Wilhelm Mosler, Rattowitz D.-S., Poststr. 10.

Hugo Sattler, Former, gebürtig aus Halle a. S., wo bist Du? Gib sogleich Deine Adresse an betreffs wichtiger Angelegenheiten. 109 Dein guter Freund E. H.

Der Former Willy Opel aus Söllberg bei Halle wird ersucht, bei der Verwaltungsstelle Braunschweig seine Adresse anzugeben. [111]

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei Fern. Sydow & Co. in Nürnberg.

Berlin. Sonntag, den 27. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Morgensprache der Hobler, Bohrer, Fräser u. f. w. bei Diele, Uckerstraße. — Drahtarbeiter. Sonnabend, den 26. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal 7. — Bezirksversammlung für Osten Montag, 28. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Siebert, Andreasstraße 21. — Sonntag, den 3. November, Vormittags 10 Uhr, Generalversammlung im Palasttheater, Ede Burg- und Wolfgangstraße. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Konferenz der Vertrauensleute. Mittwoch, den 30. Okt., Abends halb 9 Uhr, Gärtler und Brüder im Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 31. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Mechaniker und Uhrmacher im Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 6. November, Osten bei Bartel, Große Frankfurterstraße 18. Mittwoch, den 6. November, Westen bei Barthel, Bülowstraße 58. Sonnabend, den 9. November, Norden bei Diele, Uckerstraße 123.

Bergedorf. Jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, bei Wm. Wandtke, „St. Petersburg“.

Bielefeld. (Sektion der Former.) Freitag, 8. Novbr., Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn G. Eitötter, Neuenkirchenerstraße.

Bonn. Sonntag, 3. November, Vormittags 11 Uhr, bei Förster, Moltkepark 12.

Bremerhaven. Sonnabend, 2. November.

Breslau. (Klempner.) Sonnabend, den 27. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Bilz, H. Grobengasse 15.

Bruchsal. Samstag, den 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Einhorn. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Cöthen. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats, Abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Engel“.

Danzig. Donnerstag, den 31. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokal, Brodbänkegasse.

Darmstadt. Samstag, 2. Novbr., in Gramers Bierhalle, Dieburgerstraße 18.

Dietrichsdorf, Neumühlen u. Ung. Donnerstag, den 31. Oktober, in Först's Gasthof, Wellingdorf.

Dortmund. (Klempner und Installateure.) Samstag, 2. November, Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampstraße 73.

Dresden. Sonnabend, den 2. November, öffentlicher Vortrag von Dr. Morgenstern im Saale des „Trianon“, Schützenplatz. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz in Leipzig und Gewerkschaftliches.

Dülken. Am 27. Oktober bei Ant. Muske, Schulstr.

Eisenach. Freitag, den 1. Novbr., Abends 8 Uhr, im „fröhlichen Mann“, Lutherstraße.

Eiberfeld. Samstag, den 2. Novbr., Abends punkt halb 9 Uhr, bei Keul, Große Klobbahn 26.

Enden. Sonnabend, den 26. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Bahnhofstraße.

Erfurt. (Allg.) Sonnabend, den 2. November, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Gotthardt, Gotthardtstr. 46.

Essen a. S. Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Rotstr. 18.

Ferruch. Samstag, 2. Novbr., Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. M.-Bodenheim. Samstag, 2. Nov., Abends halb 9 Uhr, für den Bezirk Bodenheim im „Wider“, Frankfurterstr. 53, für Spengler und Installateure bei Stein, Gr. Schenheimerstr. 23.

Frankfurt a. M. (Sachsenhausen). Freitag, den 15. November, Abends halb 9 Uhr, bei Bierheilig, Gr. Rittergasse 58.

Freiberg i. S. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats Abends 8-10 Uhr Zusammenkunft.

Freiburg i. S. Samstag, 26. Okt., Abends 8 Uhr, bei Schwante.

Fürstenthal. Sonnabend, 2. Nov., Abends 8 Uhr, im „Schloßkeller“.

Gelsenkirchen. Samstag, den 2. November, Abends 8 1/2 Uhr bei Dielemeier, Vereinsstraße.

Halle a. S. Sonnabend, 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Kongerthaus, Karlstraße 14.

Halle a. S. (Sektion der Klempner u. Installateure.) Sonnabend, 26. Okt., Abends halb 9 Uhr, in den „Drei Königen“, H. Ulrichstr. 36.

Hann i. W. Jeden 1. und 3. Freitag im Monat im Verkehrslokal St. Winkler, Königsstraße 34, Abends halb 9 Uhr.

Hamburg-Altona. (Mechaniker und Optiker.) Jeden zweiten Sonnabend im Monat.

Hannover. (Allgem.) Sonnabend, den 2. November, Abends halb 9 Uhr, im Ballhof, Burgstr. 9.

Hannover-Linden. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 2. November, bei Chr. Fiege, Radmacherstr. 1.

Harburg. (Sektion der Klempner und Mechaniker.) Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats im Vereinslokal G. Rogge, Langestraße 25.

Höchst a. M. Samstag, den 2. November, Abends 9 Uhr, in der Saune.

Jena. (Allg.) Sonnabend, den 2. November, Abends 8 Uhr, in der „Krone“.

Kalk. Dienstag, den 29. Okt., bei Nied.

Karlruhe. (Allg.) Samstag, 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Möhler, Kaiserstraße 13.

Karlruhe. (Sektion der Klempner u. Installateure.) Samstag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr, in der Fortuna, Ludwigplatz.

Karlruhe-Mühlburg. Samstag, 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, in der „Kaiser-Aller“, Vortrag.

Kiel. (Allgem.) Dienstag, den 29. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Englischen Garten, Vortrag.

Königsbrunn. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. des Monats, Nachmittags 1-3 Uhr Beitragshebung im Weipenberg'schen Saale, Wasserstraße.

Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. finden die Monatsversammlungen statt. Jeden Sonnabend von 8-9 Uhr Abend bei Kochlich, Müggelseimerstraße 2.

Köslin. Jeden Sonntag vor dem 15. und jeden Donnerstag vor dem 1. des Monats.

Krefeld. Samstag, den 2. November, Abends halb 9 Uhr, im Refelder Bierhaus, Rheinstraße 134.

Lambrecht. Sonntag, den 27. Oktober, Nachmittags 3 Uhr in Lambrecht bei Carl Schloffer.

Landenberg a. W. Jeden Montag nach dem 1. des Monats.

Linden-Hannover. (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 2. November.

Merseburg a. S. Sonntag, 3. November, Vormittags halb 10 Uhr, in der „Finkenburg“.

Mügeltr. Sonnabend, den 2. November, Abends 8 Uhr, Zahlabend im Frischings Gasthof.

Mühlhausen i. S. Montag, den 28. Oktober, bei Schill, Schmittstraße 3.

Nen-Ruppin. Sonnabend, den 2. November, bei H. Schröder.

Nürnberg. (Allgem.) Samstag, 2. Novbr., Abends halb 9 Uhr, im Café Merk, Pechelsgasse. Vortrag über: „Gewerksvereine und freie Gewerkschaften“.

Oggersheim. Samstag, den 2. Novbr., Abends halb 9 Uhr, im Verkehrslokal von Geinr. Schmitt.

Oldenburg. Sonnabend, den 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei E. Wehrkamp, Kurvikstraße.

Osnaabrück. Sonntag, 3. November.

Oschersleben. Samstag, 26. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Sieberts, Hornhauserstraße.

Pforzheim. Jeden ersten Samstag im Monat.

Pösa. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Heinke, Willenstraße 77.

Rathenow. (Goldarbeiter.) Sonnabend, 2. November, Abends halb 9 Uhr, bei Refeld, Jägerstraße 14.

Reimscheid. Samstag, den 2. November, Abends halb 9 Uhr, bei Erißch, Widmarstraße.

Rheydt. Jeden 1. Sonntag im Monat bei C. Unbach, M.-Glabbach, Rheydterstraße. Jeden 3. Sonntag im Monat in Rheydt bei Joh. Palandt, Friedensstraße.

Rosock. Sonnabend, 2. November, in der „Wartow-halle“.

Rothenburg o. d. T. Jeden 1. Samstag im Monat im „Rothem Kopf“.

Schw.-Hull. Samstag, 26. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Münzhans“.

Schnigling-Doos. Sonntag, den 3. November, Früh 10 Uhr, bei Stoll, Igelhaut, Schnigling.

Singen. Donnerstag, 31. Oktober, Abends 8 Uhr, in der „Germania“. Vortrag des Kollegen Fübner.

Söllingen. Samstag, den 2. November, Abends halb 9 Uhr, bei Johann van Gells, Cronenbergerstraße.

Stettin u. Ung. (Bezirk 3, Grabow.) Sonnabend, den 2. November, Abends 8 Uhr, bei Zeglien, Grabow, Markt 1.

Stokum. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 11 Uhr, bei Reinickens.

Tönisheide. Samstag, 2. November, Abends halb 9 Uhr, bei Wittwe Detelshofen. Vorlesung.

Trossingen. Sonntag, 27. Oktober, Nachm. 2 Uhr, im „Schlögle“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Weissenau. Jeden 1. und 15. des Monats bei Karl, goldene Luftstraße.

Wiesbaden. Samstag, den 2. November, Abends halb 9 Uhr, bei Koch, Hermannstraße 1.

Worms. Sonntag, 27. Oktober, Vorm. halb 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Würzburg. Samstag, den 2. November, Abends 8 Uhr, bei Büchlein, Blaue Glode.

Zeitz. Sonntag, 3. Novbr., Vormittags halb 11 Uhr, bei Schindler, Gartenstraße.

Zerbst. Samstag, den 2. November, Abends 8 Uhr, bei Ferkland.

In die Verwaltungsstellen in Bayern. Vom Unterzeichneten wurden Plakate betr. Aenderung der Zentralherberge an die verschiedenen Verwaltungsstellen versandt. Zu eruche die Bevollmächtigten und Geschäftsführer, dieselben in den Verkehrslokalen aufhängen zu wollen.

Berlin. Die Bibliothek ist wieder geöffnet und zwar Vormittags von 9-1 Uhr und Nachmittags von 4-7 Uhr, außerdem Dienstag und Donnerstag bis 9 Uhr Abends. Am Montag und Sonnabend Nachmittag bleibt die Bibliothek geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Mannheim. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer und Schleifer von Mannheim, Heidelberg und Mandelheim befindet sich bei Kollegen Franz Winreiter, T 1, 10/4, Mannheim. Das Umschauen ist streng verboten. Zuwiderhandelnden wird das Gesammt entzogen. Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abends von 6-7 Uhr.

Kiefa. Bevollmächtigter und Reisegehaltzahler Paul Henjchte, Gröda bei Kiefa an der Elbe, Nr. 25 W., 2 Tr. **Schnigling-Doos.** Der Eisenarbeiter Paul Schilling aus Suhl wird gebeten, seine Adresse an Paul Hofmann, Rojnstraße Nr. 15, in Schönebeck gelangen zu lassen.

Gestorbene.

In Görlitz Paul Moser, 28 Jahre alt, an Keschloppschwindelstucht. — In Frankenthal der Kesselschmied Michael Hertel aus Nürnberg. — In Schnigling-Doos der Eisenarbeiter Adam Grieshammer, 51 Jahre alt, an Magenkrebs. —

Öffentliche Versammlungen.

Görlitz. Montag, den 28. Oktober, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im Saale des Kongerthauses. Referent Kollege Haas-Dresden.

Stokum. Sonntag, den 27. Oktober, öffentliche Metallarbeiterversammlung bei Reinickens.

Scherm's Reisehandbuch
für wandersüchtige Arbeiter.
(Tourist. f. Radl.) Ueber 200 Reisetouren.
1 Eisen- u. 2 Strassenkarten. Geb. 1 Mk.
Durch J. Scherm, Nürnberg, Fürberstr., a. alle Postb.